



IVL-MAGAZIN

Zeitschrift der Interessenvertretung der Lehrkräfte ALLER Schularten und Laufbahnen
ISSN 2191 - 9070

Heft 2-3 / Juli 2019



Generationenwechsel

In eigener Sache

Harro Rhenius



Die Personalratswahl 2019 ist entschieden. Wie nicht anders zu erwarten, hat sich die GEW wiederum als stärkste Organisation erwiesen. Die Mehrzahl aller Plätze ging an sie. Die Masse hat es eben gebracht.

Verstecken müssen wir uns aber dennoch nicht. Wie bereits in der Vergangenheit konnten wir uns positionieren. Einzelheiten können Sie in unserem aktuellen Magazin nachlesen.

Frustrierend ist es aber immer wieder, wenn in persönlichen Gesprächen angedeutet wird, dass man sich ja gerne für die Kolleginnen und Kollegen engagieren würde, wenn da nicht die ggf. persönlichen Nachteile hingenommen werden müssten. Offenbar gibt es Kollegien und auch Schulleitungen, die sich als „Optiker“ verstehen und Brillen verschreiben, die ihrer persönlichen Sicht der Dinge entsprechen. Diese Brillen aber trüben die Sicht und passen auch nicht in die Zeit.

Der Artikel 1 unseres Grundgesetzes, „Die Würde des Menschen ist unantastbar,“ ist Mahnung aber auch Postulat. Zur Würde gehört aber auch die freie Entscheidung im kantschen Sinne. Dieses sollte immer oberste Maxime sein, wenn man sich z.B. für die Mitgliedschaft in einem Verband oder in einer Gewerkschaft entscheidet.

Im Mai läuteten wir aber auch einen Generationenwechsel in der Führungsspitze unserer IVL ein. Nach 12 Jahren an der Spitze ging Grete Rhenius nochmals in den „Ruhestand“. Sie stellte sich nicht mehr zur Wiederwahl.

Ohne Gegenstimmen wählten die Delegierten der Landesvertreterversammlung den bisherigen Stellvertreter, Dirk Meußner, zum neuen Landesvorsitzenden. Weitere Veränderungen im Vorstand geschahen ganz im Sinne der Weiterführung unseres Weges und unserer Durchsetzungskraft. Elke Stamm, die wieder in den HPR-L einziehen wird, wurde zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

Mit einer bewegenden Rede und einer kleinen Träne im Auge verabschiedete sich Grete Rhenius und bedankte sich bei den Delegierten für das Vertrauen der letzten Jahre. Sie erläuterte die Sicht ihrer Dinge, die sich im Motto des Bildungskongresses niederschlugen: „Bildung – Spielball der Politik“. Sie machte auch deutlich, dass Bildung ohne Schule nicht funktionieren kann, dass Schule aber auch ohne Bildungsanstrengungen nicht möglich ist.

Dirk Meußner, als neuer Landesvorsitzender, stellte sich den Vertretern und erläuterte seine künftige Politik und die damit verbundenen Anstrengungen der IVL zur Qualitätssicherung in den Schulen unseres Landes und den gewerkschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahre. Wobei er einen deutlichen Wink an die Regierungsparteien sandte, sich dem Leistungsgedanken und der Forderung nach abschlussbezogenen Klassen, wie es bei der KMK vereinbart wurde, nicht zu widersetzen.

Als Gast des Bildungskongresses dankte die Bildungsministerin Karin Prien der früheren Landesvorsitzenden für die konstruktive Zusammenarbeit, die jedoch manchmal auch von unterschiedlichen Standorten geprägt war. Eine gewisse Seelenverwandtschaft manifestierte die Ministerin mit Augenzwinkern im modischen Look der beiden Damen.

Bildungspolitischen Forderungen der IVL trat sie mit dem Satz „Das ist mit den Grünen nicht zu machen“, entgegen.

Offensichtlich befinden sich die Grünen nach der Europawahl am 26. Mai im Rauschzustand. Nicht die Schulpolitik war für die Hype verantwortlich. Was aber wird, wenn dieser Rausch anhält, mit unserer Bildungspolitik geschehen?

Insbesondere die Gemeinschaftsschule, wie sie sich in Schleswig-Holstein präsentiert, ist ein Lieblingskind der Grünen. Es ist vorstellbar, dass nunmehr der Wille zur Gemeinschaftsschule mit der Forderung des längeren gemeinsamen Lernens zum Markenzeichen hochstilisiert wird.

Kräftige Förderer dieser Bildungspolitik, wie OECD und Bertelsmann-Stiftung, wären begeistert, denn Bildung als bestimmender Faktor für wirtschaftliche Entscheidungen wird von beiden Organisationen vehement vertreten. Das zeigt auch die neue Studie der OECD, die darlegt, dass Deutschland für ausländische Fachkräfte nur mäßig interessant ist. Sie dürfen raten, wer an der Studie beteiligt war.

Für uns als IVL bedeutet dies, und das hat Grete Rhenius in ihren Abschiedsworten sehr deutlich gemacht, dass wir unsere Standpunkte, für die wir jahrelang eingetreten sind, nicht aufgeben, auch wenn sie möglicherweise aus Opportunitätsgründen von anderen Organisationen übernommen werden.

Die IVL ist und bleibt für **alle** Lehrerinnen und Lehrer ein engagierter Partner. Wir unterstützen die geschaffenen Schulstrukturen, fordern aber abschlussbezogene Klassen. Wir fordern die Rückkehr zum Leistungsgedanken, wir fordern die Anerkennung der von allen Lehrkräften erbrachten Leistungen, wir fordern die uneingeschränkte Anerkennung des Lehrerberufes.

Wir sind Ihre Interessenvertretung.

Inhalt

Editorial	3
Landesvertreterversammlung	5
Personalratswahl 2019	10
„Bildung – Spielball der Politik“	12
Antrittsrede Dirk Meußner	18
Grußworte	26
Wir gratulieren	31
Sterbefälle	31
Nachruf Claus Mangels	32
Digitales Fieber?	33
Bericht der Frauenvertreterin	33
Alles rund um den Ruhestand	36
Aktuelles aus Dithmarschen	37
Aktuelles aus dem Bezirk VI	38
Bedingt einsatzfähig?	39

Landesvertreterversammlung 2019

Harro Rhenius

Die 9. LVV der IVL-SH litt unter dem Termindruck, den die diesjährige Personalratswahl verbreitete, denn ursprünglich sollte die Versammlung bereits im März stattfinden.

Das Ergebnis der Personalratswahlen war deshalb auch in der Berichterstattung des Vorstandes ein wichtiges Thema.

Mit hohem persönlichen Einsatz konnten wir Kolleginnen und Kollegen überzeugen, sich zur Wahl zu stellen. Gemeinsam mit der Agentur „Wir Drei“ aus Altenholz hatten wir attraktive Plakate entwickelt und an alle Schulen im Land verteilt.

Grete Rhenius bedankte sich bei Mitgliedern, die sich in besonderer Weise bei der Kandidatensuche eingesetzt hatten.



In den Wahlbezirken, in denen es uns gelungen war, Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen, konnten wir unsere Position festigen. Elke Stamm wird uns weiterhin im Hauptpersonalrat vertreten.

Nach der Berichterstattung der Vorstandsmitglieder und des Kassenberichtes gab es große Zustimmung zu den vorgeschlagenen Satzungsänderungen. Unsere Satzung ist dadurch moderner und zukunftsbezogen geworden. Entsprechend der Tagesordnung fanden die notwendigen Wahlen statt, wobei wir die Weichen für die Zukunft stellten.

Grete Rhenius, die fast 20 Jahre gestaltend im Vorstand tätig war, die letzten 12 Jahre als Vorsitzende, trat nicht mehr an. Dirk Meußner, der bisherige stellvertretende

Vorsitzende, wurde als neuer Vorsitzender der IVL-SH gekürt, seine Stellvertreterin wurde Elke Stamm.



Da der bisherige Kassenführer, Lars Donner, aus persönlichen Gründen zum Jahresende 2018 das Amt niedergelegt hatte, war die Neuwahl für diese Position notwendig. Grete Rhenius hatte diese wichtige Position zunächst kommissarisch übernommen. Nach dem Willen der Delegierten wird sie diese Funktion bis zur nächsten Wahl ausfüllen.

Dem Leitantrag und den Anträgen der Bezirke widmeten sich die Delegierten mit großer Diskussionsfreudigkeit und Kompetenz.

Folgende Beschlüsse wurden gefasst und dem Vorstand zur Weiterverfolgung übergeben.

LEITANTRAG

Die IVL-SH bekennt sich zu den Werten und Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Rechtsstaates. Mit Sorgen betrachten wir national wie international einen deutlichen Anstieg von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und einer ablehnenden Haltung gegenüber der europäischen Einigung. Als IVL-SH lehnen wir offen links- und rechtsextremistisch agierende Parteien grundsätzlich ab. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft in der IVL und einer Partei mit extremistischem Hintergrund schließt sich daher aus. Eine tiefere Zusammenarbeit mit rechts- und linkspopulistischen Bewegungen/Parteien, die partiell extreme Ansichten vertreten oder in ihren Reihen tolerieren, schließen wir ebenso aus. Zur demokratischen Pflicht gehört es aber auch, sich mit diesen Kräf-

ten inhaltlich auseinanderzusetzen, statt sie formal auszugrenzen. Dies entspricht auch dem Respekt demokratischer Wahlentscheidungen. Insbesondere verurteilen wir gewerkschaftliche Bestrebungen, die mit der Ausgrenzung die demokratischen Prinzipien verletzen, die sie zu schützen vorgeben, indem sie aus der bloßen Einladung von demokratisch gewählten Abgeordneten eine Nähe zu deren Geisteshaltung konstruieren.

ANTRÄGE

Antrag 1.

Die IVL-SH möge sich dafür einsetzen, die Projektprüfungen für den ESA abzuschaffen.

Begründung:

Schülerinnen und Schüler sind häufig mit der eigenständigen Gruppen- und Themenfindung und der Bearbeitung selbst formulierter Fragestellungen völlig überfordert. Die Hilfe durch Eltern und Bekannte am schriftlichen Teil und am Produkt kann von den Lehrkräften im gegebenen Fall erkannt, aber kaum beurteilt werden, was damit die Idee einer selbstständigen Leistung im Team konterkariert. Häufig sind die Ergebnisse der Projektprüfungen enttäuschend. Der schulorganisatorische Aufwand für die Betreuung und Durchführung der Projektprüfungen ist unverhältnismäßig groß und bindet wertvolle Ressourcen.

Antrag 2.

Die IVL-SH möge sich dafür einsetzen, dass Klassen nicht mehr als 20 Schüler haben dürfen.

Begründung:

Kinder und Jugendliche auch mit Migrationshintergrund können in kleinen Klassen erfolgreicher und ruhiger lernen und bekommen so auch mehr persönliche Betreuung durch die Lehrkraft. Die veränderten Sozialstrukturen in den Familien und die große Heterogenität beim Leistungsvermögen der Schülerinnen und Schüler innerhalb einer Lerngruppe stellen höhere zeitliche Anforderungen an die Unterrichtsvor- und nachbereitung, das Treffen von Absprachen der Lehrkräfteteams und die persönliche Betreuung durch die Lehrkräfte. Darüber hinaus hat der Umfang der Dokumentation von Ereignissen und Entwicklungen deutlich zugenommen.

Antrag 3.

Die IVL-SH möge sich dafür einsetzen, dass an Schulen ab Klassenstufe 8 abschlussbezogene Klassen eingerichtet werden. Das Lehrkräfteteam sollte jeweils in den Zeugniskonferenzen am Ende eines Schuljahres die abschlussbezogene Zuweisung überprüfen.

Begründung:

Die wachsende Heterogenität der Schülerschaft erschwert trotz vielfältiger methodischer Anstrengungen der Lehrkräfte die schulische Unterrichtsarbeit und den Lernerfolg der Jugendlichen. Dies gilt insbesondere für die in einer Vielzahl von Fächern leistungsschwachen und leistungsstarken Schülerinnen und Schüler. Kinder und Jugendliche benötigen auch einen organisatorischen Rahmen, der Leistungsbereitschaft wertschätzt. Es gilt, Anreize in Schulen dafür zu schaffen, Leistung zu erbringen und damit Ziele zu erreichen. Es ist anzustreben, differenzierte Leistungskurse in Mathematik, Deutsch und Englisch ab Jahrgang 7 einzurichten.

Antrag 4.

Die IVL-SH möge sich dafür einsetzen, dass in Schleswig-Holstein verbindliche Schulartempfehlungen am Ende der Grundschule wieder eingeführt werden. Ein Kriterium für diese Schulartempfehlungen sollte ein erreichter Notendurchschnitt am Ende der 4. Klasse sein.

Begründung:

Für einen größtmöglichen Lernerfolg der Kinder und Jugendlichen ist die richtige Schulwahl in der Sekundarstufe eine Voraussetzung. Viele Erziehungsberechtigte entscheiden sich für das Gymnasium, ohne Rücksicht auf die Beratung durch die Grundschullehrkräfte bzw. auf das Leistungsvermögen ihrer Kinder zu nehmen. Den Kindern, die nach der 6. Klasse nicht am Gymnasium bleiben können, gelingt es häufig nicht, ab Klasse 7 in der Gemeinschaftsschule ihren Fähigkeiten entsprechend erfolgreich zu lernen. Natürlich ist unabhängig davon eine sinnvolle Durchlässigkeit bei den beiden Schularten anzustreben.

Antrag 5.

Die IVL-SH möge sich dafür einsetzen, dass ein Versetzungsbeschluss der Zeugniskonferenz am Ende der Klasse 8 notwendig ist, um in Klasse 9 zu gelangen.

Begründung:

Kinder und Jugendliche benötigen auch einen organisatorischen Rahmen, der Leistungsbereitschaft wertschätzt. Es gilt, Anreize in Schulen dafür zu schaffen, Leistung zu erbringen und damit Ziele zu erreichen. Immer mehr Jugendliche verlieren den Fokus auf tüchtiges Arbeiten, weil sie bis zum Ende der Jahrgangsstufe 9 ohne Versetzungskriterien aufsteigen. Die Kompetenzlücken vergrößern sich dadurch weiter und führen dazu, dass immer mehr Jugendliche im Einvernehmen mit ihren Eltern eine Wiederholung der 9. Klasse regelrecht „einplanen“, statt sich für den ESA anzustrengen.

Antrag 6.

Die IVL-SH fordert gleiche Bildungschancen für die Schülerinnen und Schüler in ganz Schleswig-Holstein durch Aussetzung des pbOn Verfahrens, durch das einzelne Regionen bei derzeitigem Lehrkräftemangel überproportional unterversorgt sind.

Antrag 7.

Die IVL-SH möge sich dafür einsetzen, dass alle Klassen eine verbindliche Klassenratsstunde erhalten.

Antrag 8.

Die IVL-SH soll sich stärker dafür einsetzen, die unterschiedlichen Belastungen an den Schulformen herauszustellen und entsprechende Entlastungsmaßnahmen für die betroffenen Lehrkräfte zu fordern.

Begründung:

Der Philologenverband wird nicht müde, immer wieder die Belastungen der Lehrkräfte durch die Abiturl Klausuren hervorzuheben und in die Öffentlichkeit zu tragen. Diese Belastungen sind nachvollziehbar, stellen jedoch in der Gesamtschau eine Ausnahme dar. Die ständigen Belastungen durch eine immer heterogenere Schülerschaft, durch zunehmende Aufgaben der Klassenleitungen, durch ebenfalls zu korrigierende Abschlussarbeiten an Gemeinschaftsschulen werden viel zu wenig bekannt. Eine Lehrkraft an Gemeinschaftsschulen hat über das Schuljahr betrachtet garantiert eine deutlich höhere Belastung zu tragen als eine Lehrkraft am Gymnasium, zumal diese für den Unterricht in der Oberstufe auch einen Ausgleich im Stundendeputat erhält. Es ist an der Zeit, die tatsächlichen Belastungen an allen Schularten neutral und mit Fakten unterlegt zu ermitteln und darauf zu reagieren, zumal



die Begründung der längeren Studienzeit nicht mehr gilt.

Antrag 9.

Die IVL-SH möge sich dafür einsetzen, dass ein Deputat der Wochenstunden für Vertretungsunterricht zur Verfügung steht und es damit nicht zu Mehrarbeit kommt, zumal der Krankenstand an vielen Schulen deutlich zugenommen hat.

Antrag 10.

Die IVL-SH möge sich für eine Senkung auf 24 Unterrichtswochenstunden für Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen einsetzen.

Begründung:

Die veränderten Sozialstrukturen in den Familien und die große Heterogenität beim Leistungsvermögen der Schülerinnen und Schüler innerhalb einer Lerngruppe stellen höhere zeitliche Anforderungen an die Unterrichtsvor- und -nachbereitung, das Treffen von Absprachen der Lehrkräfteteams und die persönliche Betreuung durch die Lehrkräfte. Darüber hinaus hat der Umfang der Dokumentation von Ereignissen und Entwicklungen deutlich zugenommen.

Antrag 11.

Die IVL-SH soll rechtlich verbindlich die Rahmenkriterien für Mehrarbeit und Vertretungsunterricht und deren praktische Umsetzbarkeit an den Schulen feststellen lassen.

Begründung:

Es gibt an den in Schulen Schleswig-Holstein eine große Unsicherheit, in welchem Umfang Vertretungsstunden gegeben werden müssen, was unteilbare Aufgaben sind und in welchem Umfang z.B. Teilzeitkräfte zu Mehrarbeit herangezogen werden können. Hinzu kommen unterschiedliche Auslegungen in Hinsicht auf sogenannte „Plus- und Minus-Stunden“. Oftmals wird nach Gutdünken der Schulleitungen verfahren, die Kolleginnen und Kollegen sowie die Örtlichen Personalräte trauen sich aufgrund der rechtlichen Grauzone bzw. der unterschiedlichen Auslegungen der Vorschriften jedoch nicht, diese Missstände zu kritisieren. Hier gilt es, in originärer Verbandsarbeit im Sinne der Kolleginnen und Kollegen eine rechtlich „saubere“ Anleitung zu erstellen und zu veröffentlichen.

Antrag 12.

Die IVL-SH soll feststellen lassen, in welchem Umfang und aus welchen Gründen Lehrkräfte außerhalb ihrer Unterrichtsverpflichtungen zur Präsenz in der Schule verpflichtet werden können.

Begründung:

Neben den üblichen Aufgaben wie z.B. Konferenzen, Elternsprechtagen, Elternabenden usw. gibt es immer wieder Verunsicherungen darüber, ob Sportveranstaltungen, Vorhabentage, Schulvorstellungen, Abschlussfeiern usw. teilbare oder unteilbare Aufgaben darstellen. Weiterhin könnten neben den Konferenzen Dienstversammlungen einberufen werden. Es bleibt die Frage, wie oft und aus welchen Gründen das erfolgen kann. Es gibt außerdem Schulen, in denen anlasslos eine regelmäßige mehrstündige (meist zweistündig) wöchentliche Präsenzpflcht aller Lehrkräfte an einem Tag in der Woche angeordnet wird. Es muss klar definiert werden, in welchem Umfang solche Präsenzpflchten angeordnet werden können, um daraus ggf. Schlüsse für Teilzeitkräfte bzw. für die Arbeitszeit aller Lehrkräfte zu ziehen.

Antrag 13.

Die IVL-SH fordert im Rahmen des Bildungsauftrages zur digitalen Bildung alle Lehrkräfte mit leistungsfähigen Dienstabletts auszustatten.

Antrag 14.

Die IVL-SH fordert die zeitnahe Wartung und Reparatur der digitalen Medien durch Fachkräfte.

Begründung:

Schlechte Erfahrungen in der Vergangenheit haben gezeigt, wie wichtig die zeitnahe und professionelle Wartung und Reparatur digitaler Medien für deren effektiven Einsatz sind.

Antrag 15.

Die IVL möge sich dafür einsetzen, dass das „Sitzbleiben“ bei vermehrten mangelhaften Leistungen per Klassenkonferenzbeschluss wieder ermöglicht wird.

Die erste Amtshandlung des neuen Vorsitzenden war, den anwesenden Vertretern für ihr Engagement zu danken und die LVV 2019 zu schließen.

Geprägt von Debatten und persönlichen Gesprächen – die LVV 2019 in Bildern



Personalratswahl 2019

Die Wahl zu den Personalvertretungen ist entschieden. Wie nicht anders zu erwarten hat die GEW die Mehrzahl der Stimmen der Wahlberechtigten bekommen.

Das ist natürlich auch der Taktik der GEW geschuldet, die z.B. für die Vertretung der schulamtsgebundenen Schulen im Hauptpersonalrat 45 Kandidatinnen und nur zwei Kandidaten aufgestellt hatte, wobei bei den Vertreterinnen maximal 8 Damen hätten gewählt werden können. Ab Position 9 waren die Damen chancenlos, kassierten aber dennoch Stimmen. Diese Situation traf auch – nicht in dem Umfang – für den VBE zu.

Da bei uns bei der Nominierung für die Wählerliste eine ausgesprochene Zurückhaltung herrschte, konnten wir unsere Position nicht weiter ausbauen.

Unsere Ergebnisse nun im Einzelnen:

1. Das Gesamtergebnis HPR-L

Vorschlagsliste zur Wahl des HPR-L 2019

Name	Vorname	Stimmen
1 Stamm	Elke	1.027
2 Kröger	Jutta	1.033
3 Heinrichs	Alexandra	991
4 Geschke	Stephanie	957
5 Peetz	Britta	973
6 Böttger	Astrid	959
7 Ackermann	Daniela	964
8 Rodermund	Carola	921
9 Diverse		86
		7.911
1 Meußer	Dirk	1.001
2 Machwitz	Ulf	109
		1.110
Summe IVL-SH		9.021

Die Mehrzahl der Stimmen hatte Jutta Kröger bekommen. Aufgrund einer persönlichen Entscheidung ist sie zurückgetreten, so dass Elke Stamm als Vertreterin der IVL-SH wiederum unsere Interessen in diesem Gremium vertritt.

Bezogen auf die Bezirke hat sich – sortiert nach den Stimmen der Wählerinnen und Wähler - das folgende Bild ergeben:

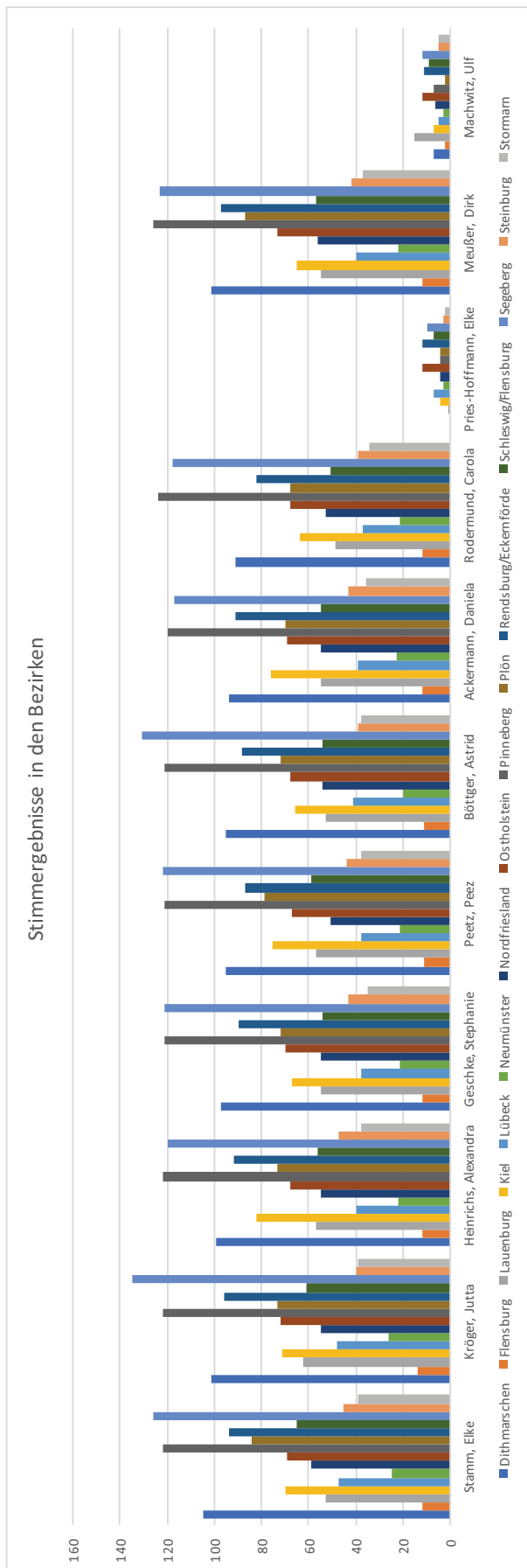
Vorschlagsliste zur Wahl des HPR-L 2019

Bezirk	Stimmen: weiblich
1 Dithmarschen	777
2 Flensburg	96
3 Lauenburg	442
4 Kiel	575
5 Lübeck	335
6 Neumünster	182
7 Nordfriesland	441
8 Ostholstein	563
9 Pinneberg	977
10 Plön	595
11 Rendsburg-Eckernförde	732
12 Schleswig-Flensburg	462
13 Segeberg	1.000
14 Steinburg	343
15 Stormarn	299
16 Andere	
7.819	

Vorschlagsliste zur Wahl des HPR-L 2019

Bezirk	Stimmen: männlich
1 Dithmarschen	108
2 Flensburg	14
3 Lauenburg	70
4 Kiel	72
5 Lübeck	45
6 Neumünster	25
7 Nordfriesland	62
8 Ostholstein	85
9 Pinneberg	133
10 Plön	89
11 Rendsburg-Eckernförde	108
12 Schleswig-Flensburg	66
13 Segeberg	135
14 Steinburg	47
15 Stormarn	42
1.101	

Die Ergebnisse aus den Bezirken bezogen auf die jeweiligen Stimmen aus der offiziellen Wählerliste



Die Personalratswahlen haben gezeigt, dass persönliches Engagement, Bereitschaft zur Identifizierung mit den Zielen der IVL-SH und Kommunikationswillen zum Erfolg führen können.

2. Die Ergebnisse zu den Wahlen zu den BPR in den Bezirken

- Dithmarschen: Stephanie Geschke und Karin Siebke
- Kiel: Alexandra Heinrich
- Nordfriesland: Beate Lukas-Quiatkowski und Heinke Mahrt
- Ostholstein: Julia Dietrich
- Pinneberg: Carola Rodermund und Christian Hammerschmidt
- Plön: Max Berghoff
- Rendsburg/Eckernförde: Jana Prochnow und Tobias Meier
- Segeberg: Jutta Kröger und Astrid Böttger

Extrem wichtig ist, sich keineswegs auf den Erfolgen der Wahl 2019 auszuruhen. Die Wahl 2023 winkt schon. Schon heute muss daran gearbeitet werden, dass wir in allen Bezirken mit Kandidatinnen und Kandidaten gewinnen können.

Wir sind stark und wollen das auch beweisen.

Wir wollen in Kontakt bleiben

Die Kommunikation mit unseren Mitgliedern kann nur dann gut sein, wenn wir jeden Einzelnen auch erreichen können. Leider ist das nicht immer der Fall. Post kommt zurück, weil die Anschrift sich verändert hat, E-Mails werden als nicht zustellbar deklariert und der Bankabruf läuft ins Leere.

Bitte wenden Sie sich an unseren Landesgeschäftsführer oder verwenden Sie doch einfach das auf unserer Homepage zur Verfügung stehende Online-Formular im Mitgliederbereich, um uns die Veränderungen mitzuteilen.

Wir möchten, dass Sie für uns erreichbar bleiben und wir den Kontakt untereinander nicht verlieren.

„Bildung – Spielball der Politik“

Sehr geehrte Frau Prien, sehr geehrte Gäste,
lieber Jürgen, liebe Kolleginnen und Kollegen,



In den Lübecker Nachrichten vom 11. Mai 2019 las ich: *„Die Hälfte aller 18 Bundesligatrainer wird entlassen. Sie sind Spielball der Vereine und deren Präsidenten. Wenn dem „Verein die Vision fehlt, oder einfach der Erfolg“ sind sie das erste Opfer. Es mangelt angeblich an der richtigen Philosophie, neuen Konzepten, an Nachhaltigkeit und ganzheitlichen Lösungen.“*

Kommt Ihnen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, das bekannt vor?

Alle vier bzw. fünf Jahre gibt es auch in der Bildungspolitik häufig einen Trainerwechsel. Wir in Schleswig-Holstein schaffen das in letzter Zeit sogar noch öfter.

Bildung und Schule werden zum Spielball von Parteien, Regierung, Opposition, OECD, der Bertelsmann Stiftung und anderen Lobbyisten.

Bildungspolitik ist Spiel in der Landesliga und damit von den jeweils dort bestehenden Regierungen bzw. Regierungskoalitionen abhängig. Die Länder sind weitestgehend unabhängig und können allein entscheiden. Brüssel und Berlin stehen nur am Rand des Spielfelds und dürfen sich nicht einmischen. Allenfalls Berater wie die OECD versuchen im Vorweg den Trainern Anweisungen zu geben und das Spiel zu beeinflussen.

Die größte Beeinflussung der letzten fast zwanzig Jahre geschah durch die von der OECD initiierten PISA-Tests, deren Ergebnisse nicht zur Entlassung der Trainer, sondern gerade in Schleswig-Holstein nach dem Debakel der Ministerpräsidentinnenwahl zu ganz neuen Spielstrukturen und Spielregeln führten.

Dabei schauten einige Akteure wie das Kaninchen auf die Schlange auf den damaligen PISA-Sieger Finnland und beschlossen, möglichst dessen Strukturen einzuführen und umzusetzen. Diese Chance bot sich sogar im Konzert mit der CDU, die sich plötzlich in der Rolle sah, den Ministerpräsidenten stellen zu können, wobei das Bildungsministerium in derselben SPD-Hand blieb. Nun wurden Bildung und Schulen zum Spielball machtpolitischen Kalküls.

Die CDU warf ihre bildungspolitischen Überzeugungen kurzerhand in den Mülleimer, und einigte sich mit der SPD darauf, zwei Spielergruppen – Hauptschule und Realschule – umzugestalten oder sogar zu fusionieren.

Die Hauptschule wurde zuvor über viele Jahre totgeredet, als Restschule diffamiert und zu einer scheinbar überflüssigen Schulform degradiert, deren Schülerinnen und Schüler aus Versehen darauf gelandet sind und nun schnell dieses Stigma überwinden müssen.

Man hätte sie stattdessen zu „Perspektivschulen“ mit mehr Geld und Personal – als es noch genügend ausgebildete Lehrkräfte gab, ausbauen müssen. – heute ge-

schiebt das mit einigen erst damals neu eingerichteten Gemeinschaftsschulen, was auch als Indiz dafür angesehen werden kann, dass sie zu scheitern drohen.

Bei den Realschulen gab es überhaupt keinen den Hauptschulen vergleichbaren Veränderungsdruck. Die Schülerzahlen der Realschulen waren hoch wie immer und ihre Qualität unbestritten. Das zeigten auch alle PISA-Ergebnisse, die immer besser als die integrierter Systeme, wie der Gesamtschulen, waren.

Die Realschule ist quasi Opfer ihres Erfolges. Keine Schulform war zunächst so wenig umstritten wie sie. In Schleswig-Holstein wechselten sogar die meisten Grundschüler nach der vierten Klasse zur Realschule. Wurden ideologische und gesellschaftspolitische Schlachten geschlagen, dann betrafen sie in der Regel die Gymnasien und die Hauptschulen.

Die Namensgebung der neuen fusionierten Spielergruppe in Schleswig-Holstein war bei Trainer und Co hoch umstritten.



copyright: Peter Baldus

Regionalliga mit weiterhin zwei möglichen Trainingsgruppen oder eine gemeinschaftliche undifferenzierte Gruppe standen zur Diskussion. Man verfasste sogar ein neues Regelwerk – das Schulgesetz, in dem der Gemeinschaftsgruppe in § 43 Abs.1 differenzierte Trainingsmöglichkeiten weitestgehend untersagt wurden.

Und siehe da, etliche Befürworter von Differenzierung wechselten schnell aus örtlichem Opportunismus zur Gemeinschaftsgruppe, versprach man von Seiten des Trainers doch die Möglichkeit zum Aufstieg in die Oberliga – sprich Oberstufe.

Nach mehr als 10 Jahren stellt sich heute die Frage: Sind die Spieler besser geworden, sind sie aufgestiegen?



copyright: Peter Baldus

Sie sind anders geworden, besser nicht – vor allem deshalb nicht, weil viel zu viele – auch Ungeeignete – direkt in die echte Oberliga, das Gymnasium gewechselt sind, und die gemeinsame Trainingsgruppe heute oft nicht einmal mehr Regionalligaqualität hat. Zudem haben die Trainingsdisziplin und der Fleiß, oft sogar die Fähigkeit dramatisch nachgelassen. Verborgener wird dies durch inflationäre Bewertungen.



Schauen Sie doch einfach mal vorbei
<https://www.facebook.com/lvlsh/?fref=ts>

Aber Deutschland holt auf – wenigstens auf dem Papier.



Endlich, Deutschland holt auf!

copyright: Greser/Lenz

Die Wirklichkeit aber sieht vielerorts – auch in der elitären Oberliga anders aus.



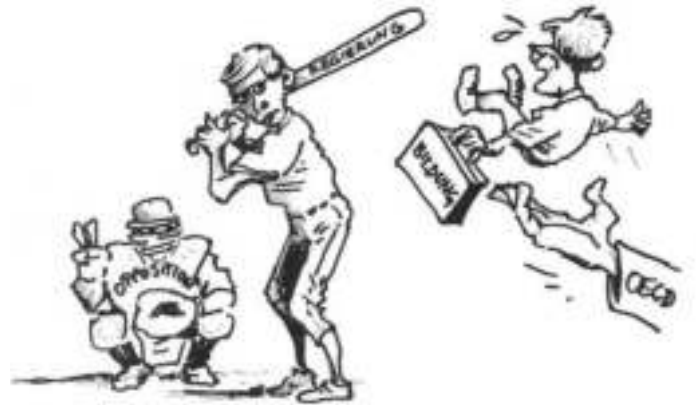
Quelle:
Lehrer-online

Die Trainerin wurde 2009 abgewählt. Viele hofften auf **kluge** Entscheidungen, aber es gab nur eine Modifizierung der Spielregel § 43 Abs.1. Schon 2012 kam die **Wende**. Die besagte Spielregel wurde sofort wieder verändert. Die Regionalgruppen mussten nun auch in die undifferenzierten Gemeinschaftsgruppen wechseln.

Die erstmals durchgeführten Bildungskonferenzen, in denen Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und auch die Schülerschaft an der Meinungsbildung beteiligt werden sollte, hinterließen bei vielen Teilnehmern den Eindruck, dass es bereits vorgefasste Ergebnisse gab, an denen allenfalls einige Modifizierungen möglich waren. Trotz eines erneuten Trainerwechsels 2014 änderte sich bis 2017 **ernsthaft** nichts.

Das Jahr 2017 brachte eine völlig neue Konstellation. Die jamaikanische Fahne wurde aufgezogen. Die CDU über-

nahm erstmals seit 1988 wieder die Trainerrolle. Leider änderte man zunächst nur die Regeln der Oberliga, denn dort spielen überwiegend die Kinder der Koalitionäre. Zusätzlich gab es einige hoffentlich qualitätsverbessernde Maßnahmen wie mehr Personal, mehr Trainingsstunden und Empfehlungen für die richtige Trainingsgruppe.



Weitere qualitätsverbessernde Spielbälle wie die im Koalitionsvertrag zugesagte Möglichkeit der Gemeinschaftsschulen, selbst über Form und Umfang der Differenzierung entscheiden zu können, wurden durch ein Mitglied (Catcher) der eigenen Mannschaft vereitelt. Dieses Mitglied vertrat hier mehr die Ziele der eigentlich gegnerischen Mannschaft der Opposition. Man beachte das „Victoryzeichen“.

Um Leistung und Qualität gleichzeitig fordern und anbieten zu können, braucht Bildung verlässliche Rahmenbedingungen und eine auskömmliche Ressourcenausstattung. Damit sich die Rahmenbedingungen nicht mit jedem Regierungswechsel – jedem Trainerwechsel – ändern und die Bildung zum Spielball der Politik verkommt, muss es ein konkretes Bildungs- und Schulkonzept geben. Dabei müssen Privilegien einzelner Schularten unbedingt vermieden werden.

Alle Parteien sollten der Versuchung der ideologischen Einflussnahme auf die Bildungspolitik widerstehen. Es muss für die Schulen und die Verantwortlichen vor Ort Planungssicherheit und Verlässlichkeit über Regierungswechsel hinaus geben. Es muss aber auch ein Rahmen geschaffen werden, der in einem Wettbewerb um die besten Konzepte die Qualität sichert und voranbringt.

Es muss darauf geachtet werden, inwieweit die Politik der jeweiligen Bildungsministerinnen und Bildungsminister

dem Bildungswesen, seiner Verlässlichkeit und seiner Qualität dienlich sind.“

Dies sind Ausführungen von Winfried Kretschmann, dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, der 2012 noch wörtlich sagte: „*Es wird zukünftig ein Zwei-Säulen-Modell geben; Gymnasien und Gemeinschaftsschule. Die Bundesländer haben sich aufgemacht dieses Zwei-Säulen-Modell einzuführen, doch keines will neben den Gymnasien noch die Realschulen. Sie werden verschwinden.*“

Heute sind die Realschulen in Baden-Württemberg stärker als zuvor. Ihre Umwandlung und die der Werkrealschulen zu Gemeinschaftsschulen ist gestoppt. In Baden-Württemberg und auch in Nordrhein-Westfalen wurden die Trainer entlassen, weil es ihnen an der richtigen Philosophie, neuen Konzepten, Nachhaltigkeit und ganzheitlichen Lösungen mangelte.

Liebe Gäste, Liebe Kolleginnen und Kollegen,

sie alle wissen, welche Wichtigkeit die Bildungspolitik für die Bundesländer in unserem föderalen System hat. Ist sie doch die Domäne, in der die Länder fast uneingeschränkt schalten und walten können.

Diese sogenannte Bildungshoheit wird vehement verteidigt, wie wir in den letzten Wochen und Monaten in der Diskussion um den Digitalpakt und der damit verbundenen möglichen Einflussnahme des Bundes sehen konnten.

Bei 16 Bundesländern ist Bildungspolitik natürlich auch das Spielfeld, auf dem sich wechselnde Koalitionen austoben können.

So wird das Bildungssystem höchst unübersichtlich, es unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland und erschwert die heute notwendige Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit schulpflichtigen Kindern.

Auch der Name, die Bezeichnung einzelner Schularten sorgt zusätzlich für Verwirrung. So gibt es neben den allgegenwärtigen Gymnasien, Realschulen, Realschulen-Plus, Hauptschulen, Mittelschulen, Werkrealschulen,

Sekundarschulen, Stadtteilschulen, Regelschulen, Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen usw. Komplex verwirrend ist die Bezeichnung „Oberschule“ für eine Schule der Sekundarstufe I, bezeichnet man doch häufig auch das Gymnasium als Oberschule.

Hat man sich endlich durch das Gewirr der Schulformen und Schularten durchgefunden, wird es durch eine neue Landesregierung flugs wieder verändert. Auch die Konzepte werden der parteipolitischen Ideologie angepasst. Verzeihen Sie mir den Ausdruck: „Eine neue Sau wird durchs Dorf getrieben.“

Dabei wird allzu leicht vergessen, wer die Folgen jeder angeblichen Reform zu tragen hat. Es sind neben den Schülerinnen und Schülern vor allem die Kolleginnen und Kollegen, deren Arbeitsbelastung im letzten Jahrzehnt bedrohlich gestiegen ist, die immer noch nicht überall die Wertschätzung erfahren, die ihnen gebührt.

Eine echte Entlastung ist nicht in Sicht, es wird nur über die Einführung eines angeblich besseren Gesundheitsmanagements geredet, statt endlich die Unterrichtsverpflichtung zu reduzieren und die Lehrkräfte im Umgang mit unbeschulbaren Schülerinnen und Schülern nicht allein zu lassen. Auf den von uns dazu seit Jahren geforderten Masterplan warten wir noch immer.

Wir wollen in Kontakt bleiben

Die Kommunikation mit unseren Mitgliedern kann nur dann gut sein, wenn wir jeden Einzelnen auch erreichen können. Leider ist das nicht immer der Fall. Post kommt zurück, weil die Anschrift sich verändert hat, E-Mails werden als nicht zustellbar deklariert und der Bankabruf läuft ins Leere.

Bitte wenden Sie sich an unseren Landesgeschäftsführer oder verwenden Sie doch einfach das auf unserer Homepage zur Verfügung stehende Online-Formular im Mitgliederbereich, um uns die Veränderungen mitzuteilen.

Wir möchten, dass Sie für uns erreichbar bleiben und wir den Kontakt untereinander nicht verlieren.

Neben den Vertretern der im Landtag vertretenen Parteien und befreundeten berufsständischen Organisationen, konnten wir auf unserem diesjährigen Bildungskongress die Bildungsministerin Karin Prien als Ehrengast begrüßen.

Mit launigen, aber auch sachlichen Worten umriss die Ministerin die aktuellen und auch künftigen Aktivitäten Ihres Hauses.

Gleichzeitig danke Sie der scheidenden Vorsitzenden für die konstruktive Zusammenarbeit der letzten Jahre.





Lernen Sie uns aus der Nähe kennen

werden Sie Schnuppermitglied! Völlig kostenfrei und mit allen Rechten eines ordentlichen Mitglieds.

- Ein halbes Jahr für examinierte Lehrerinnen und Lehrer.
- Ein ganzes Jahr für Studierende und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst.

Impressum:

Das „IVL-SH-Magazin“ wird von der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL-SH) herausgegeben. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Auffassung der IVL-SH darstellen.

IVL-SH Landesvorsitzender:

Dirk Meußner
Maria-Brandt-Str. 9, 24306 Plön
Tel.: 04522 / 50 35 98
E-Mail: dirk.meusser@ivl-sh.de

IVL-Geschäftsstelle:

Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld
Tel.: 0 41 91 / 6 02 62
Fax: 0 41 91 / 6 09 13
E-Mail: info@ivl-sh.de

Redaktionsanschrift:

Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld
Tel.: 0 41 91 / 6 02 62
Fax: 0 41 91 / 6 09 13
E-Mail: info@ivl-sh.de

ISSN 2191-9070

Homepage: www.ivl-sh.de

Redaktion:

Harro Rhenius, Grete Rhenius

Herstellung:

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH
Ingolstädterstr. 102, 85276 Pfaffenhofen
Tel.: 0 84 41 / 8068-0
Fax: 0 84 41 / 8068-68
www.humbach-nemazal.de

Sehr geehrte Damen und Herren, Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich danke für die freundlichen und anregenden Grußworte, die heute hier vorgetragen wurden und uns auch schriftlich erreicht haben. Liebe Grete, wir haben unsere Redebeiträge des heutigen Tages nicht miteinander abgesprochen und doch war mir unausgesprochen klar, dass du die politischen Fehlentwicklungen der Vergangenheit und unseren Kampf dagegen thematisieren wirst, während ich als neuer IVL Landesvorsitzender aus der Gegenwart einen Entwurf für die Zukunft aufzeige, für unseren Verband und die Bildungspolitik insgesamt. Statt wissenschaftlich untermauert unsere altbekannten Positionen zu formulieren, möchte ich ganz persönlich zeigen, wie das, was dort oben entschieden wird, unsere Arbeit in der Praxis beeinflusst. Ich hoffe, diese Erwartung zu erfüllen, denn alles hängt zusammen: Gegenwart, Zukunft und das, was bleibt. Eine Betrachtung in drei Akten.

1. Akt: Gegenwart

Ein beliebiger Schultag des vergangenen Schuljahres. Klassenbezeichnungen und Namen sind verändert, die Begebenheiten real.

Montagsmorgen, 7:45 in einer Gemeinschaftsschule ohne Oberstufe. Die 5c sammelt sich, die Unruhe legt sich, ich warte. Alle stehen, es wird ruhig. Alan meldet sich, ich spreche ihn an: „Alan, ich habe es schon oft gesagt, wenn nicht gerade die Decke brennt, gibt es keinen Grund, dass wir uns nicht erst begrüßen, bevor wir über dein Problem sprechen. Alan senkt den Arm und ich sehe in meinem rechten Augenwinkel, dass nun auch Nele ihren Arm erhoben hat. „Nele, es erschreckt





mich, wie wenig du zuhörst. Erst begrüßen wir uns, dann sprechen wir.“ Sie senkt peinlich berührt ihren Arm. Ich will gerade zur Begrüßung anheben, als Alan wieder den Arm hebt.

Das wäre insofern lustig, wenn die Aufmerksamkeitsspanne von unter drei Sekunden nur auf wenige Schüler oder das Begrüßungsritual beschränkt wäre. So ist es aber nicht.

Die von dir, liebe Grete, beschriebene Entwicklung lässt sich in dieser Klasse praktisch nachvollziehen. Als wir von der Realschule zur Regionalschule umgewandelt wurden, haben wir mit den Hauptschulkollegen vereinbart, ein insgesamt leichteres Deutschbuch mit differenzierten Aufgaben anzuschaffen. Anfangs ließen wir für den Jahrgang ein begleitendes Übungsheft, die Plusversion, anschaffen, die annähernd Realschulniveau besaß. Die wenigen Kinder, die dieses Niveau nicht erreichten, bekamen ein Basisheft auf leichtem Hauptschulniveau. Zwei Jahre später bekam jedes Kind das Basisheft und wenige Kinder das Plusheft. Inzwischen ist das Hauptschulheft Standard und trotzdem können nur wenige Kinder die leichten Aufgabenformate selbstständig bearbeiten.

Sie brauchen die Förderversion, auch ohne festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarf. Die Aufmerksamkeit hält oft nur Sekunden, sodass selbst nach minutenlanger Erklärung in Grundschulsprache und mehreren besprochenen Beispielsätzen, die völlig ernstgemeinte Frage folgt: Was sollen wir jetzt machen?

Mir würde so vieles einfallen, was diese Kinder bräuchten. Tablets kämen mir nicht als erstes in den Sinn, dachte ich, als ich das Gebäude wechselte. Dort wartet meine Projektprüfungsgruppe des 9. Jahrgangs, die ich als Mentor betreue. Diese Prüfung ist Teil der Abschlussprüfung. Ich freue mich. Bisher waren sie mir meist aus dem Weg gegangen, konnten die geforderte Gliederung ihres Themas und ihre Arbeitsprotokolle nicht vorzeigen und hatten mir bis dato nur einen halbseitigen Zettel mit wenigen unzusammenhängenden Stichworten voller Rechtschreibfehler abgegeben. Statt der ultimativ eingeforderten Arbeitsergebnisse sitzt Julia mit einer Salatgurke in der Hand vor mir. Heute sei Kochprojekt, da habe sie ihren Rucksack zu Hause gelassen. Wochen später, nach einer denkwürdigen Prüfung betrachte ich den

Ordner der Gruppe. Der Reflexionsbogen dieser Gruppe ist ein Symbol des Ergebnisses der Strukturreformen der letzten 12 Jahre und des verklärten Blickes ihrer Verursacher auf deren Folgen. Auf einem karierten Blatt Papier, das aussieht, als wäre darin bereits ein Butterbrot eingewickelt worden, als wäre mehrfach ein Laster darübergefahren, auf einem Blatt, eingerissen, dessen Schrift vor lauter Knittern nur noch zu erahnen ist, steht als letzter Satz: Wir sind sehr zufrieden mit dem Ergebnis unserer Arbeit.

Keine verbindliche Schulartempfehlung, das mühelose Aufsteigen bis Klasse 9 ohne Sitzenbleiben-das sind die Folgen. Ich habe begonnen, ein Buch zu schreiben, über die skurril anmutenden Folgen der Bildung als Spielball der Politik, nicht aus wirtschaftlichem Interesse, es ist mehr ein therapeutisches Schreiben. Arbeitstitel: Der letzte Realschullehrer. Im Vorwort greife ich ein anschauliches Beispiel von Professor Dollase auf und erweitere es auf die Idee der Gemeinschaftsschule, wie sie in Schleswig-Holstein eingeführt wurde:

Ich zitiere:

„Um die Ergebnisse des politischen Reformeifers der Regierenden „im wahren Norden“ dem Unbeteiligten überhaupt noch verständlich zu machen, greife ich zu folgendem Bild aus der Welt des Fußballs: Stellen Sie sich vor, man würde die Mannschaften der Bundesliga 1 und 2 gemeinsam mit den Amateuren der Regionalliga in einer gemeinsamen Liga spielen lassen. Der Aufstieg und der Abstieg werden abgeschafft und die Bezahlung der Spieler erfolgt unabhängig von der erbrachten Leistung. Ob die Tore in einem Spiel noch gezählt werden, liegt im Ermessen der Vereine, während die Mannschaften am Ende eines Spieltages statt in einer nach Leistung sortierten Rangfolge der Tabelle nun kreisförmig alphabetisch sortiert werden.“

Wie glauben Sie, würde sich die Qualität des Profifußballs bei Durchführung dieser Reformen verändern? Natürlich bietet diese Analogie nur begrenzt Einblick in die Folgen der Veränderung unseres Schulsystems. In Wirklichkeit ist es viel schlimmer. Um im Bild zu bleiben: Sehen Sie mich als wütenden Zweitligatrainer, der diesen Sport liebt und sich bewusst für diesen Beruf entschieden hat, der manchen Abstieg verhindert und manche Meisterfeier erleben durfte. Ich habe als Realschullehrer in Schleswig-Holstein den Zusammenbruch einer erfolgreichen Schulart miterleben



müssen. Der Vergleich aus der Welt des Fußballs mit der jetzigen Situation erscheint auch deshalb so absurd, weil alle Beteiligten wie Reporter, Trainer, Spieler und Zuschauer schon frühzeitig solch absurde Veränderungen verhindern würden. Anders als man glauben könnte, fristet die Bildungspolitik immer noch ein Nischendasein in etablierten Politikkreisen, gilt hinter den bunten Wahlplakaten von Schulranzen, die die Welt verändern, häufig noch als „Gedöns“, nicht immer erstklassig besetzt und von Presse und Wirtschaft mit freundlichem Desinteresse begleitet. Mit großem Orchester werden über Zuständigkeiten von Bund und Ländern, über Milliardenpakete für die Digitalisierung, über die Vor- und Nachteile eines späteren Unterrichtsbeginns diskutiert, über Winterferien, während das Bildungsniveau unaufhörlich sinkt und Schüler die Schulen verlassen, die als Facharbeiter für immer verloren sind. Während das Dach brennt, diskutieren wir die Farben der Tapeten.“

Auch wenn der Blick in die Vergangenheit schmerzt, wenn man liest, dass heutige Brennpunkt... Entschuldigung, Perspektivschulen vor 12 Jahren als funktionierende Realschulen den Schülern bereits damals die Perspektive boten, die heute mit viel Geld erst angestrebt wird. Ich freue mich über jede Wertschätzung von ministerieller und politischer Ebene über unsere Arbeit als Lehrer. Da ist die Rede von herausragender Arbeit trotz veränderter Schülerschaft, von unermüdlichem Einsatz angesichts einer großen Heterogenität. Man kennt also durchaus die Fehler im System, ohne sie zu korrigieren. Das ist so, als ob ich einem Marathonläufer, dem man vor Jahren einen Rucksack mit schweren Steinen umgebunden hat, Applaus und teure Fitnessgetränke spendieren, statt die Steine aus dem Rucksack zu nehmen. Die Steine sind übrigens nicht die Kinder, sondern Rahmenbedingungen, die die Starken schwächen, ohne die Schwachen zu stärken.

Wir beenden die Schulstrukturdebatte erst, wenn wir Schulstrukturen haben, die den Schulen Möglichkeiten der Unterrichtsorganisation bieten, statt sie zu verhindern und zu verbieten. In keinem Sprachkurs lernen Native speaker mit Anfängern, die Profis des HSV trainieren nicht mit den Amateuren der 3. Liga, auch wenn sie manchmal so spielen.

Im Prinzip gibt es heute kein zweigliedriges Schulsystem. Wenn das längere gemeinsame Lernen der Ge-

meinschaftsschule tatsächlich überlegen ist, können wir das Gymnasium abschaffen, schließlich wird hier auch das gymnasiale Niveau unterrichtet. Wenn aber die äußere Differenzierung des Gymnasiums die besseren Ergebnisse bringt, brauchen wir Bildungsgänge in den Gemeinschaftsschulen für den ersten allgemeinbildenden und den mittleren Bildungsgang. Auch die Schular- tenempfehlung macht zurzeit keinen Sinn. Wenn alle vom gemeinsamen Lernen profitieren, müsste ich doch gerade die gymnasial empfohlenen Kinder in die Gemeinschaftsschule schicken. Das machen aber die wenigsten. Warum?

Ein Blick auf die Ergebnisse aller nationalen Vergleichsstudien hilft: Die am stärksten differenzierenden Systeme in Bayern und Sachsen liegen in Bezug auf die Leistung regelmäßig weit vorn. Aber auch die Schwächeren profitieren. Und selbst, wenn man es pädagogisch betrachtet: Wer als Lehrer erlebt hat, wie die ESA Schüler aus allen 9.Klassen gemeinsam bei der Übergabe des Zeugnisses in einer gemischten Gesamtgruppe des Jahrgangs zur Zeugnisausgabe bei der Abschlussfeier geschickt werden, kann nur abschlussbezogene Klassen fordern. Während die Zehntklässler im Abschlussjahr ihre Feier planen, sich Abschluss-T-Shirts aussuchen und die Zeit zwischen Vornoten und mündlicher Prüfung auch einmal für Gemeinschaftsaktivitäten nutzen wie Volleyballspielen oder Ähnliches, genießen die ESAs bis zum letzten Tag Fachunterricht, schließlich kämpfen die Schüler des mittleren Leistungsniveaus noch bis zur Zeugniskonferenz um die Versetzung ins 10. Schuljahr.

Es geht nicht nur um die Starken. Wer den Schwächeren die Möglichkeit nimmt, auch einmal zu den Leistungsstärksten im Raum zu gehören, wer den ESA Abschluss- schülern das Gefühl einer Abschlussklasse raubt, das Gefühl einer Schicksalsgemeinschaft, die gemeinsam für eine Prüfung arbeitet, die T-Shirts mit dummen Sprüchen aussucht und die letzten Tage vor dem Abschluss mit unterrichtsfremden Inhalten genießt und dieses System bildungsgerecht nennt, dem mangelt es nicht nur an Kompetenz, sondern auch an Empathie.

Und deshalb bleiben wir dabei: Wir wollen nicht die Schule für alle, sondern für jeden die richtige Schule, den richtigen Bildungsgang, zumindest die abschlussbezogene Klasse.



2. Akt: Die Zukunft

Der Vorsitzende eines verbandspolitischen Mitbewerbers beendete kürzlich seine Rede vor Lehramtsanwärtern mit einem Zitat Clintons „To be a teacher is forever to be an optimist“. Er wurde übrigens schon vor Jahren pensioniert.

Ich begann meine folgende Ansprache mit den Worten: Wir sind weder Pessimisten noch Optimisten, Lehrer müssen Realisten sein.

Realistisch betrachtet werden wir wohl kein Recht auf die Einrichtung abschlussbezogener Klassen in der jetzigen Legislaturperiode mehr bekommen, obwohl die Kultusministerkonferenz, die ihre Beschlüsse einstimmig fasst, also auch mit der Stimme Schleswig Holsteins, dies den Schulen einräumt und obwohl der Koalitionsvertrag dies verspricht, obwohl eine Mehrheit der Schleswig-Holsteiner dies fordert und obwohl einer der Koalitionspartner nach den Verhandlungen in einem Zeitungsinterview behauptete, dass dies nun möglich sei.

Wir werden nicht unter meinem Vorsitz ausschließlich Radikalopposition betreiben und uns am zweigliedrigen Schulsystem abarbeiten, auch wenn es das verdient hat und es viele Kollegen müde macht, die in zahllosen Konferenzen im System Gemeinschaftsschule Probleme lösen, die es ohne diese Schulart in ihrer jetzigen Form gar nicht gäbe. Verehrte Ministerin Prien, eine Botschaft ist mir heute wichtig. Das Dach mag brennen, aber sie haben es nicht angezündet. Sie versuchen sogar manchmal den Brand einzudämmen.

Wir haben richtige und wichtige Maßnahmen, die sie getroffen haben, vielleicht auch nicht immer ausreichend gewürdigt. Deshalb sage ich es noch einmal ganz deutlich: Es war richtig, dass die Unmethode Schreiben nach Hören als ein Verbrechen gegen die Bildung junger Menschen in den Giftschrank gescheiterter bildungspolitischer Experimente verbannt wurde.

Es war richtig, die Noten wieder zur Leitwährung in der Grundschule zu machen, die Förderschulen zu stärken und die Schulartenempfehlungen ein Stück weit verbindlicher zu gestalten.

Viel wichtiger als alle diese Einzelmaßnahmen ist es

aber, dass mit Ihnen der Leistungsbegriff wieder Eingang in die bildungspolitische Debatte gefunden hat. Und es ist sicherlich nicht nur uns aufgefallen, dass sie dafür viel Zuspruch erhalten haben, nicht nur von konservativen Medien. Bildungsqualität und Leistungsprinzip sind mehrheitsfähig. Ich freue mich, dass wir den Gesprächsfaden wieder aufgenommen haben und über den vereinbarten regelmäßigen Austausch. Wir stehen nicht nur in der Gemeinschaftsschule vor der Frage, ob wir den Abschluss zukünftig auf das Niveau der Schüler senken oder die Schüler auf das Niveau der Abschlussprüfungen heben wollen. Auch unterhalb der Schaffung abschlussbezogener Klassen gibt es schnell wirksame Maßnahmen, die dem Leistungsprinzip schnell Geltung verschaffen. Führen Sie das Sitzenbleiben wieder ein! Wir kämpfen an den Schulen seit Jahren mit diesem Systemfehler, der selbst Praktikantinnen nach wenigen Tagen Unterrichtsbesuch auffällt. Gerade bei der Zunahme von Kindern aus bildungsfernen Haushalten, die ihre Kinder nicht unterstützen können oder wollen und jede Hilfe, auch außerschulische, schroff ablehnen. Es muss wieder einen Unterschied machen, ob ein Schüler sich anstrengt oder nicht. Eine ausreichende Leistung ist eben bedeutungslos, wenn auch mehrere Fünfen oder Sechsen das mühelose Aufsteigen bis in die Klassenstufe 9 ermöglicht. Auch „mangelhaft“ reicht aus, auch „ungenügend“ ist heute ausreichend. Und da mögen wissenschaftliche Untersuchungen darauf hindeuten, dass Schülerleistungen im Wiederholungsjahr nicht signifikant steigen, allein das Wissen, dass ein Nachlassen der eigenen Leistungen in ausreichenden Fächern zur Wiederholung zwingt, wir kennen das aus unserer eigenen Schulzeit, setzt ungeheure Kräfte frei.

Das Fehlen dieser Konsequenz führt zu einem lähmenden Leistungsunwillen und mangelnder Anstrengungsbereitschaft. Doch nicht nur das: auch das automatische Aufsteigen bei mehreren Fünfen durch Leistungsschwächen oder Leistungsverweigerung ohne Konsequenzen, wenn man fachlich keinen Anschluss mehr finden kann, den Boden unter den Füßen verloren hat, setzt bei einigen Kindern ohne elterliches Korrektiv Kräfte frei, nämlich zerstörerische. Als Verantwortlicher eines Lehrerverbandes telefoniere ich viel mit Kollegen auch außerhalb der eigenen Schule. Kennen Sie das Penis-Spiel? Mitten im Unterricht rufen die Schüler das Wort „Penis“, wer am lautesten ruft gewinnt. Eine erfahrene Kollegin einer Gemeinschaftsschule rief mich an, immer noch den Tränen nahe,



erzählte ihre Erfahrung der besonderen Art mit diesem Spiel in einer 9. Klasse, in der die Klasse, angeheizt von zwei Schülern, die seit Jahren jegliche Leistung verweigern, so laut brüllten, dass die Kollegin den Unterricht abbrechen musste. Ich fragte meine 15-jährige Tochter, die ein Gymnasium besucht, ob sie das Penis-Spiel kennt. Klar, entgegnete sie, allerdings wird es dort so leise praktiziert, dass die Kollegen des Gymnasiums es vermutlich gar nicht wissen. Nirgendwo wird so laut gerufen, wie in einer Gemeinschaftsschule und wer im 8. Schuljahr „Penis“ ruft, kann dies auch im 9. Schuljahr tun. Wissen Sie, warum die Öffentlichkeit gar nicht weiß, welche praktischen Auswirkungen der Politik wir erfahren, welchen Belastungen wir inzwischen ausgesetzt sind.? Lehrerinnen und Lehrer sind es gewohnt, Probleme im Klassenraum zu ihren eigenen zu machen, sich verantwortlich zu fühlen und sich vielleicht sogar zu schämen. Wir werden weiterhin solche Fälle öffentlich machen und wir fordern: Führen Sie das Sitzenbleiben wieder ein!

Unabhängig von leistungsfeindlichen Strukturen haben es Lehrerinnen und Lehrer heute mit einzelnen Schülerinnen und Schülern zu tun, die eigentlich gar nicht beschulbar sind. Sie zerstören Unterricht. Respektlosigkeiten, verbale oder auch körperliche Gewalt gegen Mitschüler und Lehrkräfte sind Alltag. Es handelt sich nicht ausschließlich um Kinder mit offiziell sozial-emotionalem Förderbedarf, es sind Schüler unter ihnen, die bereits wegen schwerer Vorfälle Schulen verlassen mussten und vom Schulamt zugewiesen wurden, Kinder, bei denen bereits eine Vielzahl von Maßnahmen des Jugendamtes und anderer Einrichtungen scheiterten, Kinder aus verwahrlosten Haushalten. Hier will ich keine konkreten Beispiele von Vorfällen nennen, jeder einzelne ist schockierend. Ich will auch keine einseitige Schuldzuweisung an die Politik verteilen, es handelt sich hier um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir müssen uns, und da schließe ich alle Fraktionen des Landtags ein, darüber unterhalten, wie wir diesen Kindern helfen. Wir sprechen hier von vielleicht 5% der Schüler, aber wenn nur in jeder Klasse einer von ihnen sitzt, erschwert dies den Unterricht erheblich. Trainingsräume, Übergangsklassen, jede Schule handelt für sich allein. Wir brauchen ein abgestimmtes Konzept, wie wir mit diesen Kindern umgehen. Dies schließt nicht nur eine Stärkung der Sozialarbeit ein. Wir müssen auch sehen, ob die Ordnungsmaßnahmen noch zeitgemäß sind. Schüler, die nach massiven Unterrichtsstörungen auf die

deutliche Aufforderung hinauszugehen, mit einem fröhlichen „Nein“ antworten oder nach zwei Wochen Unterrichtsausschluss zu mir sagen „Ey, Herr Meußner, das war die geilste Zeit meines Lebens“, Schüler, die nach Gewalttaten traumatisierte Kinder zurücklassen, entsprechen nicht mehr der Schülerschaft, für die diese Ordnungsmaßnahmen vorgesehen waren. Und eine Maßnahme, die die Überführung in eine Parallelklasse vorsieht, ist inzwischen völlig weltfremd, da dort mit Sicherheit eine ähnliche pädagogische Herausforderung sitzt. Hier möchten wir eine offene Diskussion anstoßen, um Lehrer besser zu schützen und Schüler davor zu bewahren, für diese Gesellschaft ewig verloren zu sein.

Das ist auch eine Gerechtigkeitsfrage und wir laden auch die Parteien, die uns nicht nahestehen, ein, mit uns weiterhin, nicht nur darüber, im Dialog zu bleiben.

Wir sind als Interessenvertretung der Lehrkräfte Schleswig-Holsteins offen für Lehrkräfte aller Schularten. Bildungsqualität, Fachlehrerprinzip, differenzierte Bildung sind Themen von der Grundschule bis ins Gymnasium. Unsere ursprüngliche Heimat ist die mittlere Bildung. Wir sind nicht nur Mitglied des deutschen Lehrerverbandes und des DBB, sondern auch Teil des VDR, des Verbandes der deutschen Realschullehrer oder wie ich ihn insgeheim nenne, den Verband der Realisten. Lieber Jürgen, ich freue mich, dass du als unser Bundesvorsitzender den Weg aus Niederbayern in den echten Norden auf dich genommen hast. Wir werden das Machbare in Schleswig-Holstein einfordern, aber die Zukunft der Bildung Schleswig-Holsteins wird nicht ausschließlich in Kiel entschieden. Dass vor allem unsere süddeutschen Partnerverbände den Bildungsföderalismus betonen, ist verständlich. Wenn nur die am stärksten differenzierenden Bildungssysteme Sachsens und Bayerns Deutschland repräsentieren würden, wären wir PISA Europameister. Doch leider funktioniert der Wettbewerb innerhalb Deutschlands nicht, denn selbst Christdemokraten tun sich im Norden schwer, vom Süden zu lernen. Und auch der Spitzenplatz Sachsens in innerdeutschen und internationalen Leistungsvergleichen schützt nicht davor, dass ein von der GEW angeführtes Bündnis die Gemeinschaftsschule per Unterschriftenliste einführen möchte. Wir wissen, was es bedeutet, wenn man auf diese Weise bewährte Strukturen ergänzen möchte. Wir stehen an der Seite des VDR, um das Niederreißen einer weiteren Bildungs-



hochburg zu verhindern. Und wenn der Wettbewerb im Bildungsföderalismus außer Kraft gesetzt wird, sollten wir ihn befördern.

Beispiel: Nach einer enttäuschenden Leistung in den Abschlussarbeiten Mathematik im mittleren Bildungsabschluss in Schleswig-Holstein des letzten Schuljahres, ging man in diesem Jahr auf Nummer sicher. Die Abschlussarbeiten orientierten sich stark an den vorab verteilten und behandelten Übungsaufgaben. Ein im Übungsheft zusammengesetzter Körper musste auch in der Abschlussarbeit errechnet werden, eine andere Komplexaufgabe war textlich und von den Zahlenwerten identisch. Ein Mathekollege erzählte, dass sich eine solche Arbeit nicht mehr weiter vereinfachen ließe und für einen mittleren Bildungsabschluss mehr als fair sei. Wie ich bereits sagte, ich telefoniere viel mit Lehrern. Bisher habe ich nur von desaströsen Einzelergebnissen, ohne Zweien mit wenigen Dreien, dafür vielen Vieren und einigen Fünfen gehört. Das ist gewiss nicht repräsentativ. Aber falls die Ergebnisse wieder enttäuschend ausfallen, lassen wir sie doch einfach mal in einer repräsentativen Auswahl bayrischer Realschulen schreiben, von mir aus ungeübt, von mir aus auch in einer 9. Klasse. Jeder hier im Raum weiß, wie das ausgehen wird. Geben wir unsere vornehme Zurückhaltung auf. Lieber Jürgen, ich freue mich auf unsere weitere Zusammenarbeit, nicht nur im Kampf für Qualität.

Denn während wir als Verband darum kämpfen, die schlimmsten von Politik getroffenen bildungspolitischen Fehlentscheidungen zu korrigieren, ereilt uns eine Revolution, die wir gestalten müssen und die uns vor große Herausforderungen stellt. Die digitale Revolution, die wir zu einer digitalen Aufklärung machen müssen. Die Zeiten sind vorbei, in denen Kommunalpolitiker „Tablets“ in die Runde riefen, um modern zu wirken. Medienentwicklungspläne werden geschrieben, die Gelder sind da. Auch hier wollen wir uns nicht drücken: Folgende Leitsätze sind für mich unverhandelbar: 1. Neu erworbene digitale Kompetenzen ersetzen nicht analoge Kernkompetenzen, sondern ergänzen sie altersgemäß. Die Grundschüler, oft schon mit Smartphones ausgestattet, brauchen in der Schule die analoge Gegenwart. Lesen und handschriftliches Schreiben bleiben kulturell unverhandelbare Grundfähigkeiten 2. Digitaler Unterricht rechtfertigt sich nicht aus sich selbst heraus, er ist kein Selbstzweck, sondern muss einen didakti-

schen oder pädagogischen Mehrwert bieten. 3. Wer die Musik bestellt, bezahlt auch. Lehrerinnen und Lehrer sind nicht alle digital affin. Da die Mittel zur Digitalisierung in die digitale Infrastruktur und nur zu einem geringen Teil in den Kauf von Endgeräten geht, ist hier die Landesregierung gefragt, eine sachgerechte Ausstattung zu übernehmen.

Darauf werden wir achten!

3. Akt: Was bleibt?

Bildung – der Spielball der Politik dreht sich unbarmherzig weiter. Ich sehe in seinem Nebeldunst der Vergangenheit Mengenlehre, ohne die kein mathematisches Verständnis möglich ist, Sprachlabore, die für das Lernen von Sprachen unabdingbar sind und eine erfolgreiche Schulform, die von diesem Ball niedergewalzt wurde. Ich will Ihnen sagen, was bleibt: Wir bleiben Lehrer. Lassen Sie mich im letzten Teil meiner Rede persönlich werden. Ich gehe morgens immer sehr früh an meinen Arbeitsplatz, schließe manchmal noch vor dem Hausmeister die Schultür auf. Ich mag die Ruhe. Als ich am letzten Mittwoch vor der ersten Stunde allein im Lehrerzimmer an dieser Rede schrieb vom brennenden Dach und der Bildungskatastrophe, ging ich anschließend in die 8c. Beiläufig hatte ich einem Mädchen der Klasse während des WPU Unterrichts den Termin meines Geburtstages verraten.

Die Schülerinnen und Schüler, die überwiegend keine Hausaufgaben machen oder für Tests lernen, die Fachunterricht erschweren, weil kaum die Hälfte von ihnen das entsprechende Schulbuch in den Rucksäcken findet, hatten ohne äußere Aufforderung selbstständig eine Differenzierungsstunde tauschen lassen, damit mich die ganze Klasse „Happy Birthday“ singend begrüßen konnte. Einige Schülerinnen hatten am Nachmittag Kuchen gebacken und Luftballons aufgehängt, obwohl ich nicht einmal der Klassenlehrer bin. Gerührt biss ich in den Schokoladenkuchen, während ich meine eigentliche Unterrichtsvorbereitung über die korrekte Verwendung des Konjunktivs in die Tasche zurückgleiten ließ. Wir sprachen über Gott und die Welt. Ja, ich liebe es Lehrer zu sein, nicht nur, wenn man für mich backt. Und ich mag Kinder, nicht nur die schlauen. Am meisten kränkt mich, wenn wir mit stichhaltigen Argumenten für differenzierte Bildung streiten, dieses unvermeidlich letzte Argument, das in Wirk-



lichkeit ein Ressentiment ist: Ich kann sie ja verstehen, heißt es dann, aber sagen sie mir: „Wer soll dann die Hauptschüler unterrichten?“ Ich werde es ihnen sagen: Ich würde es machen. Ich würde es machen, wenn wir die Gemeinschaftsschulen endlich mit Bildungsgängen ausstatten und viele andere Realschullehrer auch. Es geht uns nämlich nicht um einen verletzten Status oder um persönliche Befindlichkeiten, es geht um die Zukunft der uns anvertrauten Kinder. Es würde uns schon reichen, wenn die Politik uns einfach unsere Arbeit machen ließe, statt Bedingungen zu schaffen und zu erhalten, die Kinder, die nicht können, zu Kindern, die nicht wollen, macht.

Wir bleiben Lehrer. Wir stehen als IVL im VDR für Bildungsqualität und Leistungsprinzip und auch das wird sich nicht ändern. Deshalb ist es auch kein Bild der Vergangenheit, liebe Grete, wenn ich jetzt über dich spreche, denn du sollst heute im Mittelpunkt dieses Bildungskongresses stehen. Du bist unser Mittelpunkt. Qualität und Leistungsprinzip hast du nicht nur gefordert, sondern gelebt. Die gesamte Dienstzeit, fast immer mit voller Stelle, hast du als Lehrerin gearbeitet, ohne lange Krankenzeiten, das schaffen nicht viele. Und statt sich in den verdienten Ruhestand zu verabschieden, hast du den Vorsitz unseres Verbandes auch über die aktive Dienstzeit hinaus bis zum heutigen Tag weitergeführt, über 12 Jahre lang, 24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche. Du hast mit verschiedenen Bildungsministerinnen und Bildungsministern gerungen, sachlich und immer direkt. Ich bin mir sicher, dass der in den schriftlichen Grußworten geäußerte Respekt vor deiner Leistung und deinem unermüdlichen Einsatz keine Höflichkeitsfloskel ist. Du hättest jede Schule leiten können und warst in so manchen Runden mit Vertretern der Politik, und das meine ich nicht despektierlich, die fachkundigste im Raum und hast dies stoisch ertragen. Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt- dies war dein Motto. Ich wüsste keinen Menschen in diesem Raum, der besser geeignet gewesen wäre in den Zeiten der kompletten Umwälzung unserer Bildungslandschaft diesen Verband zu führen: laut, fachkundig und mit Leidenschaft für Bildungsqualität: du bliebst stehen, als der Verband Deutscher Realschullehrer In Schleswig-Holstein seine Position gegen die Ideologie der Gesamtschulen verteidigen musste, du bliebst stehen, als Verantwortliche gegen alle Vernunft und gegebene Versprechen die Realschule abschaffen wollten, du bliebst stehen, als der Kampf des Volksbegehrens trotz der Überwindung der

ersten Hürde am Ende scheiterte und du bliebst stehen, als viele Realschullehrer sich nicht mehr in unserem Verband vertreten fühlten, der sich als IVL für alle Lehrer aller Schulformen öffnete. Heute wissen wir: Wenn du dies nicht angeschoben hättest, würden wir heute hier nicht stehen. Und so danke ich dir als neuer Vorsitzender der IVL für deine Standhaftigkeit, deinen Einsatz für die Ziele unseres Verbandes, liebe Grete.

Ich danke dir aber auch als Dirk Meußner, als private Person. Als ich ein Foto unseres Besuches bei der Bildungsministerin gepostet hatte, erhielt ich kurz darauf einen Kommentar zu meiner Meldung: Ich erwartete eine Stellungnahme oder den Gruß eines Verbandskollegen, stattdessen schrieb ein mir unbekannter Mann mittleren Alters: „Meine liebe Klassen- und Vertrauenslehrerin“ und die Ministerin war damit sicher nicht gemeint. Der Mann hat viele Jahre nach seinem Schulabschluss das Bedürfnis gehabt, dir, liebe Grete zu danken und zwar nicht nur für deinen Fachunterricht, der bestimmt auch hervorragend war. Meine liebe Klassen- und Vertrauenslehrerin, auch diese Rolle hast du zeitlebens in unserem Verband ausgefüllt. Vertrauenslehrerin: wie viele Anrufe hast du entgegengenommen und bei größeren, aber auch kleineren Dienstproblemen zugehört und geholfen, auch am Wochenende auch am Abend, ohne viel Aufhebens davon zu machen. Wer sich hingegen im Verband engagierte, lernte deine Großzügigkeit kennen, die oft auch deine wohnliche Nähe zu einem großen Lübecker Marzipanhersteller widerspiegelte.

Bei deiner Rolle als Klassenlehrerin möchte ich auch deine Gelassenheit hervorheben. Lehrer gelten zurecht nicht immer als einfach und es wird mir unvergessen bleiben, als wir in Paris im Rahmen einer Studienfahrt abends ein Bistrot besuchten. Du hattest vorab eine Kopie der Karte angefertigt und unsere Essenswünsche abgefragt und dem Bistrot gemeldet, um abends fassungslos zu beobachten, wie sich Kollegen nicht mehr an ihre Bestellung erinnern, konnten, Sonderwünsche anmeldeten oder sich an Allergien erinnerten. Abgeklärt und souverän hast du auch diese Situation gemeistert. Lehrer sind ihren Schülern viel ähnlicher als man denkt. Vielen Dank für deine Geduld, liebe Grete, nicht nur bei unseren Klassen..., äh Studienfahrten.

Das Gerede von den großen Fußstapfen, die jemand hinterlässt, sind bei einer Stabübergabe unvermeidlich. Nie

waren diese Worte so zutreffend, so ernst gemeint wie heute. Wir haben in jeder Woche oft mehrfach miteinander telefoniert, uns ausgetauscht, über Verbandsangelegenheiten, aber auch privat. Im Gegensatz zu dir, liebe Grete, drücke ich abends, nach einem anstrengenden Tag, auch mal einen Anruf weg, um meine Work-Life Balance zu halten. Dich habe ich nie weggedrückt und dich werde ich auch nie wegdrücken. Ich freue mich darauf, diese Gespräche auch weiterhin mit dir zu führen.

Liebe Grete, wie soll man all das, was du für uns und unseren Verband getan hast ausreichend würdigen? Du bist unser Mittelpunkt. Du warst unser Anker, du bliebst stehen, als die Bildungspolitik vieles niederwalzte, das so

wertvoll war und wir versammelten uns gern um dich. Deshalb ist der Anker, den wir dir schenken möchten, nur symbolisch. Er passt übrigens auch toll zu unserer maritimen Kampagne. Das eigentliche Geschenk findet sich in der Flaschenpost.

Hinter jedem erfolgreichen Mann steckt eine starke Frau, aber hinter jeder erfolgreichen Frau steht auch ein starker Mann. Und da ich weiß, dass du und Harro gerne reisen, haben wir dir in die Flaschenpost einen Reisegutschein für ein Kreuzfahrtportal gesteckt. Volle Kraft für unsere Ziele.

Wir sagen: Vielen Dank für alles, liebe Grete.



Sie finden uns auch im Internet unter www.ivl-sh.de

Grußwort des Philologenverbands Schleswig-Holstein anlässlich der Jahresversammlung der Interessenvertretung der Lehrkräfte

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Grete!

Die Interessenvertretung der Lehrkräfte hat sich binnen weniger Jahre zu einer mächtigen schulpolitischen Stimme in Schleswig-Holstein entwickelt. Sie wird gehört zu allen relevanten bildungspolitischen Fragen, und sie wird wahrgenommen als eine überzeugte und überzeugende Kämpferin für ein gegliedertes Schulwesen, das diesen Namen verdient.

Für den Philologenverband Schleswig-Holstein ist die IVL deswegen eine wichtige und unentbehrliche Verbündete im Kampf gegen ideologisch, nicht aber pädagogisch begründete Gleichmacherei im Schulwesen. Für die bisherige Zusammenarbeit in fast allen entscheidenden Fragen danken wir der IVL, ihrer engagierten Vorsitzenden und ihren Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern an dieser Stelle.

Hervorgegangen ist die IVL aus dem Verband deutscher Realschullehrer (Landesverband Schleswig-Holstein). Bedauerlicherweise gibt es diese hier im Norden seinerzeit so erfolgreiche und angesehene Schulform nicht mehr, wurde sie doch 2005 Opfer eines fragwürdigen Koalitionspokers.

Grußwort der SPD-Landtagsfraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bildungspolitik, besonders die Schulpolitik, gehört zu den Themen der Landespolitik, bei denen der Meinungsstreit sehr heftig ist. Es ist für unsere Demokratie ein Gewinn, wenn die Parteien in ihrer Positionierung unverwechselbar sind.

Die SPD tritt dafür ein, unser Schulwesen durchlässig zu halten, wozu vor allem gehört, dass es drei gleichberechtigte Wege zum Abitur geben muss, an den Gymnasien, an den Gemeinschaftsschulen und an den beruflichen Schulen. Wir werden jeder Entwicklung entgegentreten,

Umso erfreulicher ist es, dass die IVL jetzt die schulpolitische Gegenwart im Visier hat und die Zukunft fokussiert. In der realistischen Einsicht, dass es kein Zurück zur konsequenten Dreigliedrigkeit des Schulwesens gibt, muss es jetzt darum gehen, die Schulform Gemeinschaftsschule stark zu machen. Dem dient eine kindgemäße Differenzierung der in der Gemeinschaftsschule möglichen Bildungsgänge. Dass sich die IVL dafür stark macht und etwa abschlussbezogene Klassen favorisiert, verdient unsere deutliche Anerkennung.

Wir danken besonders der Vorsitzenden, Dir, liebe Grete Rhenius, für Deine unermüdliche Arbeit für unsere Schulen und unsere Lehrkräfte. Da Du dich entschieden hast, Dein Amt als Vorsitzende zur Verfügung zu stellen und einer Nachfolgerin oder einem Nachfolger Platz zu machen, erlauben wir uns im Philologenverband den Wunsch, dass Du uns als Gesprächspartnerin erhalten bleibst und Deine Nachfolgerin bzw. Dein Nachfolger so wie Du den Dialog mit uns pflegst!

Der Jahresversammlung der IVL wünschen wir einen erfolgreichen Verlauf.

Walter Tetzloff
(Referent für Presse und Öffentlichkeitsarbeit)

die darauf hinausläuft, dass die leistungsstärksten Schüler automatisch ein Gymnasium besuchen und die Gemeinschaftsschule diejenigen aufnimmt, für die das Abitur von vornherein nicht zu erreichen ist.

Das heißt natürlich nicht, dass wir das Abitur für jeden Schüler und jede Schülerin anstreben. Wir halten es aber für richtig, dass Deutschland und Schleswig-Holstein die Bildungspotentiale der jungen Generation optimal ausnutzen.

Wir sind deshalb mit verschiedenen Entscheidungen der Jamaika-Koalition nicht einverstanden, die die Durchläs-

sigkeit zwischen Gymnasien und Gemeinschaftsschulen in Frage stellt. Wir haben es für falsch gehalten, dass die Gymnasien gezwungen wurden, fast ausnahmslos zu G9 zurückzukehren, werden die jetzt gefundene Regelung jedoch im Interesse der Schülerinnen und Schüler nach einer Rückkehr in die Regierungsverantwortung nicht wieder anfassen.

Wir halten auch die Neuregelungen bei der Ausbildung der künftigen Lehrerinnen und Lehrer für falsch, weil sie dem Gedanken der Durchlässigkeit nicht Rechnung trägt.

Das große Thema der nächsten Jahre bleibt natürlich die Unterrichtsversorgung. Wir haben an allen Schulen in verschiedenen Fachrichtungen und in mehreren Regionen unseres Landes einen Lehrermangel, der sich noch verschärfen dürfte. Hier vermissen wir wirksame Maßnahmen, die den Beruf der Lehrerin und des Lehrers attraktiver machen.

Inhaltlich sind die drei großen Themen der Schulpolitik die Schaffung neuer Ganztagsangebote, die qualitative

Absicherung der Inklusion und die Umsetzung des Digitalpakts Schule, nicht nur von der technischen Seite her, sondern auch was die Qualifikation der Lehrkräfte in diesem Bereich angeht.

Diese Themen werden ohne Zweifel auch die IVL und alle anderen und alle anderen Verbände und Gewerkschaften der Lehrkräfte intensiv beschäftigen.

Abschließend bedanken wir uns bei Frau Grete Rhenius, die lange Zeit eine meinungsstarke Verfechterin Ihrer Verbandsinteressen gewesen ist und wünschen ihr Glück und Gesundheit für ihren weiteren Lebensweg.

Wir stehen der IVL natürlich auch künftig als Gesprächspartner zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Habersaat

(Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion)

Grußwort der AfD

Sehr geehrte Frau Rhenius,
sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für die Einladung zu Ihrer Tagung und die Möglichkeit, Ihnen ein Grußwort übermitteln zu können.

Die größten Opfer der Experimentierwut von Politikern musste in den letzten Jahrzehnten zweifelsfrei das Bildungssystem bringen. Je nach Farbe der gerade regierenden Koalition wurden Schulstrukturen verändert und die Lehrerausbildung umgestellt; einziges Kontinuum war der Umstand, dass die Anforderungen, die an die Pädagogen gestellt werden, immer umfangreicher wurden. Letzteres stellt sich dabei als konsequente Folge einer politisch erwünschten Heterogenisierung von Schülergruppen dar; ihr wiederum liegt der „Glaubenssatz“ zugrunde, dass ein „längeres gemeinsames Lernen“ nicht nur sozial gerechter, sondern auch leistungsfördernder sei.

Beides hat sich sowohl in der Praxis als auch zigmal aus wissenschaftlicher Sicht als falsch erwiesen. Der Rosstocker Bildungsforscher Antonius Hansel brachte es anlässlich einer schriftlichen Anhörung zu einem von der AfD eingebrachten Gesetzentwurf auf den Punkt: „Hinter der These vom Erfolg eines längeren gemeinsamen Lernens verbergen sich Wunschdenken und bildungspolitische Absichtserklärungen ohne Reflexion der Folgen, nicht aber seriöse Empirie (Landtag Umdruck 19/2185).

Insofern hat sich die Auflösung des gegliederten Schulsystems als Fehler erwiesen, der, wenn irgend möglich, korrigiert werden müsste. Und genau danach sah es in den vergangenen zwei Jahren Jamaika-Koalition auch teilweise aus: Das klare Nein zum Einheitslehrer und die Wiedereinführung von Schulübergangsempfehlungen wurden von uns als positives Signal der neuen Bildungsministerin uneingeschränkt befürwortet. In einem ent-

scheidenden Punkt hat Jamaika aber auf ganzer Linie versagt: Noch im Koalitionsvertrag wurde zugesagt, dass es an Gemeinschaftsschulen wieder die Wahlmöglichkeiten geben solle, „eigenständig über die Form der Differenzierung“ entscheiden zu können. In dem Augenblick, in dem man diese Zusage nun hätte umsetzen können, wollte man hiervon offensichtlich nichts mehr wissen, so dass die AfD nach 1 ½ Jahren vergeblichen Wartens einen entsprechenden Gesetzentwurf eingereicht hat (Landtag Drucksache 19/1107).

Natürlich lässt sich nach der Auflösung der Haupt- und Realschulen die Paste nicht zurück in die Tube drücken; den Gemeinschaftsschulen vor Ort jedoch die Wahlmöglichkeit zu geben, selbständig über die Form der Differenzierung entscheiden zu können und ggf. Differenzierungskurse in Abhängigkeit des angestrebten Abschlusses einrichten zu können, wäre ein zugleich pragmatischer und unideologischer Weg gewesen, Schulen mehr Gestaltungsspielraum in dieser Frage zu geben.

Aus unserer Sicht sind sowohl die Lerngruppenorganisation als auch die Lerngruppenbildung originäre Aufgaben der Schulen. Sie erfolgen gemäß den pädagogischen Erfordernissen und den Möglichkeiten vor Ort einzig ausgerichtet am Wohle der Schüler. Es gibt für uns keinen Grund dafür, an der Einengung der Gestaltungsmöglichkeiten, so wie sie von Rot-Grün 2012 extra ins Schulgesetz aufgenommen worden ist, festzuhalten. Im Gegenteil: Gerade angesichts einer immer heterogener werdenden Schülerschaft gilt es, das Konzept der schulischen Autonomie in den Fragen von Organisation und Bildung von Klassen und Kursen zu stärken. Dass sich die Bildung abschlussbezogener Klassen/Kurse und Formen der Binnen-

differenzierung hierbei nicht ausschließen, sondern ergänzen, brauche ich gerade Ihnen gegenüber nicht zu vertiefen – nur Theoretiker würden das Gegenteil behaupten. Womit wir beim Thema Ihres Kongresses wären „Bildung – Spielball der Politik?“

Auf der Karikatur Ihrer Einladung kann man leicht erkennen, dass es den politischen Playern ums Gewinnen geht... ob der Ball, also Schüler und Lehrkräfte, dabei Schrammen bekommt, ist dabei zweitrangig. Als zweites fällt auf, wer eigentlich der „Ballgeber“ in dem ganzen Spiel ist; neben der von Ihnen genannten OECD wären sicherlich noch weitere PISA-Exegeten zu nennen, allen voran Bertelsmann und Co. Dieser Umstand sollte einmal kritisch thematisiert werden, nicht zuletzt deshalb, weil deren Schlussfolgerungen nahezu unisono in der Forderung nach einem „gerechten Schulsystem“ münden – und gemeint ist damit selbstredend „Eine Schule für Alle“. Wir lehnen jedwede Form der Gleichheitspädagogik ab, weil sie der Natur des Menschen widerspricht, indem sie Eigeninitiative und Eigenverantwortung gefährden; dass damit zuletzt auch das Anspruchsniveau sinkt, was sich wiederum vor allem auf Kinder aus prekären Milieus negativ auswirkt, sollte Grund genug sein, wieder den Mut aufzubringen, Schüler *auch* durch Formen äußerer Differenzierung zu fördern.

Ich würde mich freuen, mit Ihnen über die Möglichkeiten und Grenzen sowohl von äußerer als auch von Binnendifferenzierung ins Gespräch zu kommen... denn nichts ist ungerechter, als Ungleiches gleich zu behandeln.

Dr. Frank Brodehl
Bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion

Grußworte Bündnis90/Die Grünen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einmal möchte ich mich bei Ihnen ganz herzlich für die Einladung zu Ihrem Bildungskongress bedanken, der diesmal durch den Wechsel in Ihrem Vorstand ein besonderer ist.

Frau Rhenius hat sich als langjährige Vorsitzende immer intensiv für Ihre Belange eingesetzt. Ich wünsche ihr für die Zeit nach Ihrem Ausscheiden aus dem Vorstand alles Gute.

Ihnen, Herr Meußner, gratuliere ich zu Ihrer Wahl als neuem Vorsitzenden und wünsche Ihnen eine glückliche

Hand bei der Weiterentwicklung der Positionen. der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein.

Als ersten Zweck der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein nennen Sie in Ihrer Satzung „die Aufgabe, das Schleswig-Holsteinische Schulwesen durch pädagogische und schulpolitische Mitarbeit zu fördern“.

Die Herausforderungen im Schulwesen sind groß. Die Lebenswelt der Schüler*innen verändert sich rasant. Die Wirtschaft fordert, neben einem guten Basiswissen, unter anderem Team- und Kritikfähigkeit, die Fähigkeit Fakten und Meinungen einzuordnen, sich eigenständig Wissen anzueignen und die digitale Welt mit gestalten zu können. Wir brauchen außerdem Menschen, die sich engagieren und sich für unsere Demokratie einsetzen. Dafür muss sich Schule verändern. Die Kreidezeit ist vorbei.

Das vernetzte Arbeiten wird noch wichtiger werden. Und auch die Rolle der Lehrkraft wird sich weiter ändern, hin zu einem Coach, der Schüler*innen beim Wissens- und Kompetenzerwerb unterstützt. Eine Entwicklung, die sich im Bildungsbereich zunehmend etabliert. Teamwork ist angesagt, ein Arbeiten auf Augenhöhe zwischen Lehrkraft und Schüler*in. Dies gilt für uns Grüne für alle Schularten.

Jamaika setzt einen Schwerpunkt auf die Bildung. Fast 1.500 Lehrkräfte mehr als ursprünglich vorgesehen arbeiten im kommenden Schuljahr in Schleswig-Holstein – damit steigt die Unterrichtsversorgung auf fast 100 Prozent. Außerdem werden in dieser Wahlperiode jährlich 70 Stellen mehr für Sonderpädagog*innen bereitgestellt. Das ist eine deutliche Stärkung des Bildungsbereiches. Die Ausstattung ist damit noch nicht optimal, aber es sind weitere Bausteine für eine Entlastung der Lehrkräfte.

Mit dem Bildungsbonus stehen im kommenden Schuljahr 8 Millionen Euro bereit, um Schulen an prekären Standorten und mit besonderen Herausforderungen zu unterstützen. Damit machen wir einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit. Die zusätzlichen Mittel sind bei den ersten 20 Schulen auf sehr positive Resonanz gestoßen. In den folgenden zwei Jahren werden weitere 40 Schulen hinzukommen. Wir Grüne unterstützen die Gemeinschaftsschulen und bleiben bei gemeinsamem Lernen mit der Möglichkeit

in einigen Fächern Kurse zu bilden. Abschlussbezogenen Klassen lehnen wir ab, denn das zweigliedrige Schulsystem mit Gemeinschaftsschulen und Gymnasien im allgemeinbildenden Bereich hat sich für Schleswig-Holstein bewährt. Das zeigen auch die guten Anmeldezahlen für das kommende Schuljahr. Die Schüler*innen nicht von Anfang an auf einen bestimmten Schulabschluss festzulegen zahlt sich aus. Viele Gemeinschaftsschulen zeigen, dass Schülerinnen und Schüler bessere Abschlüsse machen als nach der Grundschule prognostiziert.

Erst im Verlauf der Schulzeit ergibt sich die Entscheidung für den passenden Schulabschluss -abhängig von den Lernfortschritten und von der Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler. Dem wird die Gemeinschaftsschule gerecht.

Die Schnittmenge der gemeinsamen bildungspolitischen Vorstellungen zwischen den Grünen und der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein war traditionell eher klein. Ich bin aber gespannt auf die Ideen und auf den Austausch mit dem neuen Vorstand.

Ines Strehlau

Sehr geehrte Frau Rhenius,

zuerst möchte ich meinen persönlichen Dank an Sie richten. Ich habe Sie als überaus konstruktive und engagierte Kämpferin für gute Bildungspolitik kennengelernt. Ob in unseren persönlichen Diskussionen oder den öffentlich geführten Debatten auf dem politischen Parkett, verstanden Sie es immer, den verklärenden, ideologisierten Teil herauszuarbeiten, oft mit pointierten, aber nichts an Klarheit vermissenden Worten. Das werden wir vermissen.

Liebe Frau Rhenius, Sie legen ihr Amt nun in neue Hände und somit bleibt mir nur, Ihnen im Namen der FDP-Landtagsfraktion für die Zukunft alles Gute, vor allem aber Gesundheit zu wünschen.

Sehr geehrter Herr Meußner,

Ihnen gratuliere ich im Namen der FDP-Landtagsfraktion zu Ihrer neuen Aufgabe als Vorsitzender der Interessenvertretung der schleswig-holsteinischen



Lehrkräfte. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und Ihren weiteren Vorstandskolleginnen und –kollegen.

Sehr geehrte Lehrerinnen und Lehrer,

seit nun fast 2 ½ Jahren verantwortet eine CDU-Bündnis 90/Die Grünen-FDP Regierung die Bildungspolitik in Schleswig-Holstein. Und wir Freie Demokraten blicken mit ein wenig Stolz auf die erreichten Ziele. Denn endlich wird der Blick wieder verstärkt auf Inhalte, Wissensvermittlung und Leistung gerichtet. Noten sind wieder Standard. Die Versetzungsrichtlinie wurde überarbeitet. Grundschüler profitieren von einer zusätzlichen Unterrichtsstunde. Auf Rechtschreibung wird wieder Wert gelegt. Programme zur Stärkung der MINT-Fächer werden ausgebaut, auch weil die naturwissenschaftlichen Berufe für unsere Kinder gute Zukunftsperspektiven bieten.

Die hundertprozentige Unterrichtsversorgung konnte mit erheblichem Planstellenaufwuchs erreicht werden. 60 Schulen mit besonderen Herausforderungen erhalten in den nächsten Jahren mehr als 50 Millionen Euro als Unterstützung.

Eine Studie zur Lehrgesundheit und eine Evaluierung zur Arbeitsbelastung sind auf den Weg gebracht. Dieses hatten wir in den letzten Jahren mehrfach eingefordert. Grundschullehrkräfte werden zukünftig mit A 13 besoldet. Schulleitungen und Funktionsträger werden zeitlich entlastet. Um gleichermaßen den Arbeitsplatz und Lernort Schule attraktiver und moderner zu gestalten, wur-

den für bauliche Maßnahmen zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt.

Diese Aufzählung ist nicht vollständig, viele weitere Themen werden im Laufe der Legislaturperiode noch in die politische Diskussion eingebracht. Sie sind herzlich eingeladen, uns dabei mit Rat und Tat zu unterstützen, aber auch mit konstruktiver Kritik zu begleiten.

In einer Welt der Veränderung gibt es keine Ressource, die wertvoller wäre als Bildung. Unsere Kinder müssen sich in einer immer komplexer werdenden Welt zurechtfinden. Sie müssen lernen, Dinge kritisch zu hinterfragen, sich eine eigene Meinung zu bilden. Bildung ist die Chance zum sozialen Aufstieg. Wichtig ist, was ein Mensch kann. Nicht, in welchem Elternhaus er geboren wurde.

Die Digitalisierung steckt voller Chancen für bessere Bildung: Machen wir endlich davon Gebrauch! Damit verbundenes individuelleres Lernen, innovative Lehrmethoden und aktuellere Lehrmittel ersetzen aber nicht die Lehrkräfte.

Sie bereiten die jungen Menschen auf diese Welt vor. Sie vermitteln ihnen das Rüstzeug, selbstbewusst und selbstbestimmt ihren Weg zu gehen. Bildungspolitik darf also nicht Spielball politischer Ideologien sein. Bildungspolitik muss sich an der Würde des Menschen orientieren.

Ihre

Anita Klahn

Stv. Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion und bildungspolitische Sprecherin

Lernen Sie uns aus der Nähe kennen

werden Sie Schnuppermitglied! Völlig kostenfrei und mit allen Rechten eines ordentlichen Mitglieds.

- Ein halbes Jahr für examinierte Lehrerinnen und Lehrer.
- Ein ganzes Jahr für Studierende und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst.

Geburtstage (Ruheständler ab 65 Jahre)

Juni 2019

- 27.06. Sabine Brügge, 24537 Neumünster, Jg. 1953
- 28.06. Hans-Günter Pinn, 24119 Kronshagen, Jg. 1951
- 28.06. Angelika Wagner, 23109 Kiel, Jg. 1953

Juli 2019

- 05.07. Horst Preuß, 25795 Stelle - Wittenwurth Jg. 1934
- 06.07. Rolf Ladebusch, 25541 Brunsbüttel, Jg. 1936
- 07.07. Christiane Berikoven, 34131 Kassel Jg. 1949
- 07.07. Wolfgang Gebers, 25436 Uetersen, Jg. 1952
- 21.07. Margrit-Rose Thiessen, 24582 Bordesholm, Jg. 1953
- 26.07. Margrit Schrader, 25693 Sankt Michaelisdonn, Jg. 1943
- 30.07. Heidrun Schröter, 23796 Bad Segeberg, Jg. 1951

August 2019

- 07.08. Johanna Mißfelder, 23899 Gudow, Jg. 1945
- 13.08. Gerhard Krefft, 24223 Raisdorf, Jg. 1949
- 18.08. Regina Walter, 25348 Glückstadt, Jg. 1953
- 24.08. Helga Kähler, 25524 Itzehoe, Jg. 1953
- 28.08. Petra Ziegler, 22549 Hamburg, Jg. 1946
- 29.08. Michael Strobel, 24640 Schmalfeld, Jg. 1946
- 30.08. Eva Allaburda, 24944 Flensburg, Jg. 1952

September 2019

- 06.09. Heike Engel, 25704 Elpersbüttel, Jg. 1952
- 07.09. Elsbe Plagentz, 23758 Oldenburg, Jg. 1940
- 10.09. Winfried Junge, 25779 Hennstedt, Jg. 1951
- 14.09. Klaus-Dieter Krüger, 24220 Flintbek, Jg. 1945
- 16.09. Hans-Ulrich Hamer, 23355 Barmstedt, Jg. 1951
- 21.09. Jutta Ressler, 24539 Neumünster, Jg. 1938
- 24.09. Volker Hauschild, 23795 Schieren, Jg. 1948
- 30.09. Gisela Buhr, 24161 Altenholz, Jg. 1941

Oktober 2019

- 01.10. Manfred Neblung, 22239 Hamburg, Jg. 1938
- 09.10. Werner Kölsche, 23701 Eutin, Jg. 1935
- 11.10. Jürgen Sievers, 21423 Winsen, Jg. 1954
- 19.10. Sigrid Kiehl, 23909 Ratzeburg, Jg. 1952
- 23.10. Wiebke Blanck, 23919 Behlendorf, Jg. 1947
- 31.10. Ingrid Rauno, 24226 Heikendorf, Jg. 1935

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir hier nur denjenigen unserer Mitglieder gratulieren, die uns entsprechend den Bestimmungen der DSGVO die Erlaubnis zur Veröffentlichung Ihres Geburtstages erteilt haben.

Eine solche **Erklärung** haben dem vorherigen Exemplar des IVL- Magazins als loses Blatt beigefügt.

Bitte senden Sie, sollten Sie es bisher nicht gemacht haben, diese Erklärung unterschrieben an die Geschäftsstelle.

Wir gedenken unserer verstorbenen Mitglieder und erinnern an dieser Stelle an den Einsatz, den sie in unserem Verband erbracht haben.

Wir bedanken uns und werden Sie stets in unserer Erinnerung behalten.

Hans-Walter	Berger	Fritz	Kukulenz	Erika	Pfahl
Christel	Brösen	Claus	Mangels	Wolf-Dieter	Reiche
Erika	Grotjan	Horst	Meyer	Gerhard	Scheer
Siegfried	Haß	Dr. Robert	Patett	Hans-Jürgen	Thayssen
Roger	Hepp	Oke	Petersen	Eva	Zimmermann

Nachruf Claus Mangels

Anfang Mai erreichte mich eine sehr traurige Nachricht. Claus Mangels war am 5. Mai im Alter von nur 66 Jahren verstorben.

Claus Mangels hat sich bis zu seinem Ausscheiden aus dem Landesvorstand im November 2014 mehr als 20 Jahre als Bezirksvorsitzender, Pressereferent und stellvertretender Vorsitzender für den Verband Deutscher Realschullehrer und für die IVL-SH eingesetzt.

Unvergessen ist die Zeit, in der wir gemeinsam mit vielen engagierten Kolleginnen und Kollegen für den Erhalt der Realschulen kämpften, eine erfolgreiche Volksinitiative durchführten und viele tausend Unterschriften sammelten.



Auch die Landespressekonferenzen, in denen wir von vermeintlich fortschrittlichen Medienvertretern als die ewig Gestrigen verunglimpft wurden, sind mir in lebhafter Erinnerung.

Im März 2009 wurde Claus Mangels zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Es war die außerordentliche Landesvertreterversammlung, auf der wir beschlossen, auch noch ein Volksbegehren für den Erhalt der Realschulen durchzuführen. Gemeinsam mussten wir dann erkennen, dass dieses nicht erfolgreich war und dann 2010 auch in Kiel die letzten Realschulen



umgewandelt wurden.

Das Engagement für unseren Verband, für die Kolleginnen und Kollegen und vor allem auch für die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, die Claus Mangels viele Jahre als Studienleiter in Fach Geschichte betreute, werden unvergessen bleiben. Viele hat er für eine Mitgliedschaft in der IVL gewinnen können. Er war einfach überzeugend in seinem Engagement und seinem unermüdlichen Einsatz. Für mich und viele von uns ist er nicht nur Kollege gewesen, sondern auch Freund geworden.



Wir sind sehr traurig, ihn verloren zu haben und werden ihn nie vergessen.

Grete Rhenius im Juni 2019

Digitales Fieber?

von Harro Rhenius

Fieber ist, wenn sich die Körpertemperatur über die Normalwerte hinaus erhöht. Mit diesem Aufheizen wehrt sich der Körper gegen schädliche Einflüsse.

Der Tarifabschluss vom Anfang März dieses Jahrs sollte nach den Worten der Finanzministerin Bündnis90/Die Grünen auch auf die Beamten im Lande übertragen werden.

Der Chef des „dbb beamtenbund und tarifunion“, Ulrich Silberbach, zeigte sich dann auch „nicht komplett zufrieden“, begründete dies aber nicht mit dem finanziellen Ergebnis, sondern mit strukturellen Defiziten.

Nun aber warten die Kolleginnen und Kollegen auf die Erfüllung der Zusage von Frau Heinold. Geschehen ist bis heute nichts. Angeblich soll die Auszahlung dann im August geschehen. Die gefühlte Körpertemperatur der Empfängerinnen und Empfänger steigt.

Im Zeitalter digitaler Strukturen dürfte die Umsetzung eigentlich kein Problem darstellen. Aber offensichtlich

gibt es in den Verwaltungsstrukturen unseres Landes ein digitales Fieber, das sich gegen die Umsetzung wehrt, weil offensichtlich schädliche Einflüsse gesehen werden.

Der Haushaltsplan 2019 hat die Erhöhung bereits vorweggenommen. Wo liegen da die Schwierigkeiten? Es scheint, wie bei KoPers, wohl Pannen im System zu geben.

Schädliche Einflüsse abhalten? Also doch digitales Fieber.

Dabei wäre es so einfach gewesen. Man hätte den Kolleginnen und Kollegen zunächst Abschlüsse geben können.

Das wäre kreativ gewesen.



Bericht der Frauenvertreterin

Geschlechtergerechtigkeit: Da geht noch mehr!

Frauenpolitische Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung

von Elke Pries-Hoffmann

Zum 15. Mal fand eine frauenpolitische Fachtagung des dbb (Deutscher Beamtenbund) in Berlin statt.

Es ging um die Geschlechtergerechtigkeit: früher und Stand heute.

Helene Wildfeuer als Vorsitzende der *dbb frauenvertretung* eröffnete die Veranstaltung mit der ihr eigenen feurigen Art und motivierte zum Engagement.



Folgende Punkte bestimmten ihre Rede:

Die Gleichstellung ist im Grundgesetz verankert. Daraus ergibt sich die Aufgabe der Politik, sich um die Umsetzung zu kümmern. Bis heute ist das Gesetz noch nicht vollständig erfüllt, und es gibt sogar einen Stillstand oder Rückschritte zu beobachten. Auch junge Frauen müssen das erkennen. Die wirtschaftliche und politische Macht liegt weiterhin in den Händen der Männer.

Beispielsweise verdienen noch 21 % der Frauen weniger als Männer. Im Bundestag sitzen derzeit 30 % Frauen. Das ist weniger als vor 20 Jahren.

Dort, wo die Gleichstellung verweigert wird, wird ein Menschenrecht verletzt. Fest steht auch, dass Frauen nicht den gleichen Zugang zu finanziellen Ressourcen haben. Dabei arbeiten sie effektiv mehr, weil sie viel Zeit für unbezahlte Arbeit verbringen: Haushalt, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen usw. So verwundert es nicht, dass das Vermögen von Frauen durchschnittlich nur 27,8 % des Vermögens beträgt im Vergleich zu dem von Männern.

Das politische Werkzeug, um den Ausgleich zu schaffen, nennt man Gender Budgeting.

Frau Dr. Ulrike Spangenberg hielt ein Referat über das Steuerrecht, das Auswirkungen auf die finanzielle Situation, insbesondere der Frauen, hat. Sie ist Juristin und arbeitet seit 2002 als Wissenschaftlerin, Beraterin und Dozentin zu gleichstellungs- und antidiskriminierungsrechtlichen Themen.

Sie fordert eine Bewertung der Arbeit von Frauen, die sich nur an deren Leistung orientiert. Das ist augenblicklich noch nicht der Fall.

Im öffentlichen Dienst arbeiten mehr Frauen als Männer. Das wiederum spiegelt sich aber weder in den Gewerkschaftsorganisationen wider, noch in der Anzahl der Frauen in höheren Positionen. Es sollte eine *Balance of Power* herrschen.

Es gibt in England eine *Women's Budget Group*, in Österreich eine *Watching Group öffentlicher Finanzen*. Eine Funktion von Steuern ist es, staatliche Strukturen zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang erläuterte Frau Dr. Spangenberg die verschiedenen Modelle der Besteuerung von Ehegatten und ihre Vor- und Nachteile. Das Problem besteht nach einer Scheidung, wenn Männer und Frauen danach wieder beide für sich selbst sorgen müssen. Wenn Frauen, die vorher niedrig bezahlte Arbeit hatten, aber durch den Ehemann und das Ehegattensplitting besser gestellt waren, wieder in niedrig bezahlte Beschäftigungen einsteigen, haben sie finanzielle Nachteile. Die Steuerbelastung ist bei Geringverdienern durch die Mehrwertsteuer, die Versicherungssteuer usw. verhältnismäßig hoch.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Fragen, wie unterschiedliche Produkte besteuert werden und wer diese Produkte nutzt. Vgl.: *Tamponsteuer* z. B.!

Frau Juliane Seifert, Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sprach ein Grußwort.

Seit 1949 hat es nur 19 Staatssekretärinnen gegeben. Das entspricht 3 %. Sie sprach von der „Hans-Bremse“. (Männer bremsen Frauen aus.) Künftig solle es nicht mehr möglich sein, dass als Zielgröße 0 % Frauen in gewissen Führungspositionen möglich ist. Das gibt es tatsächlich noch.

Obwohl 35 % Frauen im höheren Dienst und 46 % Frauen in den Bundesbehörden arbeiten, besetzen sie nicht viele Leitungspositionen.

In diesem Jahr wird das Bundesgleichstellungsgesetz 18 Jahre alt. Wir sind noch nicht da, wohin wir wollen.

Auch der Wiedereinstieg in den Beruf muss erleichtert werden. 39 % der Frauen arbeiten in Teilzeit, aber nur 10% in Leitungspositionen. Auch Frau Seifert sprach die Forderung nach fairen Beurteilungen aus. Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte müssen das zur Sprache bringen.

Frau Ministerin Franziska Giffey sagt über Frauen: „Frauen können alles.“ Das soll Mut machen, um den Mund aufzumachen und berechtigte Forderungen zu stellen und um andere Frauen mutig zu unterstützen und zu ermutigen, Führungspositionen zu übernehmen. Frauen sollten sich überhaupt besser vernetzen, um sich kennenzulernen. Männer tun das schon – zu ihrem Vorteil.



- Drei Themen, an denen das Ministerium derzeit arbeitet:
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf (z. B. Kita-Gebühren)
 - Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler
 - Gewalt an Frauen

Man bedenke die beiden Probleme der Frauen bei z. B. einer täglichen unbezahlten Arbeitszeit von etwa 1,5 Stunden: Sie müssen mit dem Geld, das sie verdienen, über den Monat kommen. Sie müssen mit ihrer Kraft übers ganze Arbeitsleben kommen.

Ulrich Silberbach, dbb Bundesvorsitzender, sprach ein weiteres Grußwort und meinte, wir wären auf dem Weg, aber noch nicht am Ziel. Früher war man für das Wahlrecht auf die Straße gegangen, heute ist es selbstverständlich, dass Frauen wählen gehen können. Es seien also Beharrlichkeit und Unermüdlichkeit für Frauen wichtig.

„Starke Gewerkschaften sind ein Glück für die Demokratie.“ Also nutzen wir Sie!

Frau Prof. Dr. Silke Laskowski vom Institut für Wirtschaftsrecht der Universität Kassel sprach zum Thema: Frauen machen Politik – Wege zur Parität in der Politik. Jutta Limbach (1934 – 2016) war bislang die einzige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts.

Seit 1998 gibt es eine Stagnation und keine Entwicklung, sagt auch sie. Ohne rechtliche Voraussetzungen wird es keine paritätische Entwicklung geben.

Dr. Elisabeth Selbert sagte, dass die mangelnde Heranziehung von Frauen zu öffentlichen Ämtern und ihre geringe Beteiligung in den Parlamenten schlicht Verfassungsbruch ist.

Es gibt seit 70 Jahren eine fehlende Chancengleichheit von Kandidatinnen in Nominierungsverfahren der Parteien. Die Partei der Grünen ist hier eine Ausnahme. Es ist kein individuelles Problem von Frauen, sondern ein strukturelles Problem der Parteien.

Es fehlt der „weibliche Blick“ in der Politik, die Erfahrungen, Perspektiven von Frauen. Es dominiert der „männliche Blick“. (Verheugen/Geißler/Limbach)

Es besteht ein Anspruch auf gleichberechtigte, demokratische Teilhabe und Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger.

Es gibt in der EU in 11 Mitgliedsstaaten Parité-Gesetze: Frankreich (Vorreiter: 2010), Belgien, Irland, Portugal, Polen, Slowenien, Kroatien, Griechenland, Deutschland. Wir brauchen paritätische Kandidatenlisten, in denen, wie bei einem Reißverschlussverfahren, im Wechsel ein Mann und eine Frau aufgestellt werden. Es gibt auch das Modell des „Wahlkreisduos“, wo jeweils ein Mann und eine Frau für einen Platz benannt werden.

Frau Prof. Dr. Laskowski fordert: „In die Parlamente müssen die Frauen! Dort müssen sie durchsetzen, was ihnen zusteht.“

Die sich anschließende Podiumsdiskussion mit Heike Hempel, stellvertretende Programmdirektorin des ZDF, Elisabeth Motschmann, MdB, CDU, Beate Müller-Gemmeke, MdB, Bündnis 90/Die Grünen und Helene Wildfeuer, unter der Leitung von Caroline Paulick-Thiel, Politics for Tomorrow, stand unter dem Motto: *Gleichberechtigte Gesellschaft – Frauen gehen voran.*

Das Schlusswort hatte natürlich Helene Wildfeuer. Einige ihrer Aussagen möchte ich hier zitieren:

- „Gleichstellung passiert nicht einfach so. Sie ist hart erarbeitet. Man muss für alle Rechte kämpfen. Das ist Demokratie. Egal, ob Mann oder Frau: Schweigen ist nicht Demokratie.“
- „Nicht die Frauen müssen sich ändern. Die Spielregeln müssen sich ändern.“
- „Das Recht ist auslegbar.“ Die Frauen müssen sich einbringen und sich solidarisieren.
- „Wir müssen die Herren davon überzeugen, dass es ihnen gut geht, wenn es uns gut geht.“

Jutta Limbach sagte als ehemalige Bundesverfassungsgerichtsvorsitzende:

- „Erst wenn das Ziel erreicht ist, sind wir in Deutschland in guter Verfassung.“

„Was wir liefern, können die Vorsitzenden umsetzen. Wenn wir nichts liefern, können sie nichts umsetzen“, so Helene Wildfeuer zum Schluss. *Elke Pries-Hoffmann*

Alles rund um den Ruhestand

Die Broschüre wird inzwischen den interessierten Mitgliedern entsprechend dem Bestelleingang zugestellt. Wir können feststellen, dass die Broschüre gut ankommt.

In einer Plakataktion haben wir die Broschüre fast allen Schulen unseres Landes angeboten. Auch hier scheint das Interesse ungebrochen zu sein.



Während unsere Eltern, wenn Sie in den Ruhestand gingen, davon ausgehen konnten, dass sie 75% der letzten Bezüge als Pension bekamen, hat sich dieses heute gravierend verändert. Unter dem Dogma des Sparens, das immer von der Absenkung der Personalkosten bestimmt wird, wurden

die Pensionsansprüche gedeckelt.

Das bedeutet konkret, dass sich in bestimmten Fällen die Pension trotz Vollzeitarbeit nicht mehr erhöht. Sie arbeiten also in solchen Fällen allein zum Vorteil des Dienstherrn. Das muss nicht sein.

Die Überlegung kann z.B. sein, dass Sie bewusst die Unterrichtsstundenzahl reduzieren.

Wir helfen Ihnen bei diesen Überlegungen, berechnen Ihre Versorgungsansprüche und geben konkrete Ratschläge.

Wenden Sie sich an uns.

<http://www.ivl-sh.de/index.php/de/unsere-service/ruhegehaltsberechnung>

Erste Hinweise können Sie auch unserer Broschüre entnehmen. Die Broschüre ist für Mitglieder kostenlos. Für Nichtmitglieder kostet die Broschüre 7,50 € (incl. Porto).



Die Broschüre kann direkt über die IVL-Geschäftsstelle, Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld oder via E-Mail info@ivl-sh.de bestellt werden.

Auslandsunfallversicherung

Da unsere Kolleginnen und Kollegen in der Regel sehr reisefreudig sind, können wir unseren Mitgliedern ein neues Serviceangebot unterbreiten.

Nach eingehenden Verhandlungen insbesondere unseres Geschäftsführers mit verschiedenen Versicherungen ist das ein weiterer Schritt, unsere Dienstleistung zu verbessern und zu erweitern.

Versicherungsgeber ist die „Gothaer Versicherung“. Unser Landesgeschäftsführer informiert Sie gerne über die interessanten Leistungen unseres Angebotes. Wenden Sie sich vertrauensvoll an Ihn.

Gerade auch für unsere Seniorinnen und Senioren ist das ein attraktives Angebot, das genutzt werden sollte.

Weitere Auskünfte erteilt gerne unser Landesgeschäftsführer.

Unsere Weiterbildungsveranstaltung 2019

Wie Sie wissen, wird uns die diesjährige Veranstaltung nach Lettland und Estland führen. Gemeinsam mit dem zuständigen Jugendoffizier der Bundeswehr haben wir das Seminar strukturiert. Einzelheiten können Sie unter „Termine“ auf unserer Homepage nachlesen.

2 Plätze sind für Kurzentschlossene noch zu vergeben. Für die Veranstaltung kann Dienstbefreiung beantragt werden. Melden Sie sich bitte, wenn Sie interessiert sind bei grete.rhenius@ivl-sh.de.

„Die Neulandhalle“

Besuch des neu eröffneten historischen Lernortes, Ort fataler NS-Propaganda

Stephanie Geschke

Am 6. Juni trafen sich bei steifer Brise und Sonnenschein 13 IVL-Mitglieder und Interessierte in Dithmarschen im Dieksanderkoog an der Neulandhalle. Die Bezirksvorsitzende Stephanie Geschke freute sich besonders, auch die 2. Landesvorsitzende der IVL S-H, Frau Elke Stamm, als Gast begrüßen zu können.

Winnie Lehmann, ausgebildeter Histo-Guide, führte die Gruppe zunächst über das weitläufige und frei zugängige Außengelände. Dort aufgestellt in großen Lettern sind die Begriffe VOLK-S-GEMEINSCHAFT und LEBEN-S-RAUM. Auf jedem Buchstaben befinden sich selbsterklärende Texte zur fatalen NS-Propaganda, die hier stattfand (Texte der Buchstaben nachzulesen unter: www.lernort-neulandhalle.de)

Beeindruckend konnte Herr Lehmann die scheinbar heile Welt der friedlichen Landgewinnung und damit Lebensraumschaffung beschreiben. Er berichtete, dass Schüler von bereits geführten Klassen auf den ersten Blick die starke Gemeinschaft des beschriebenen Kooglebens auch erstrebenswert fanden, die strukturelle Gewalt ihnen aber sofort bewusst wurde, da ihr Mitschüler syrischer Abstammung von all dem ausgeschlossen gewesen wäre.

Nach Besichtigung des Außengeländes wurde bei Kaffee und Kuchen der renovierte Innenbereich mit seinen ehemaligen Funktionen erläutert. Ein Schülerquiz bildete den gelungenen Abschluss. Nach 2,5 Stunden endete diese sehr interessante Veranstaltung.

Sind in KZ-Gedenkstätten wie Dachau oder Neuengamme die Gräueltaten der NS-Zeit durch den Ort selbsterklärend, so muss sich die Neulandhalle, schmuck hergerichtet und idyllisch gelegen, der Frage immer wieder stellen, ob ihr die Enttarnung der NS-Propaganda gelingt. Ganz sicher mit einem Histo-Guide wie Herrn Winnie Lehmann!

Kostenfreie Führungen gibt es bis Ende Oktober jeden Sonntag um 11 Uhr, Anmeldungen für begleitete (kostenpflichtige) Führungen bei: Verein Volkshochschulen in Dithmarschen, Tel. 04832-4243



Eine Fotosafari:





Aktuelles aus dem Bezirk VI

Wechsel im Bezirk VII Kiel-Plön-Ostholstein



Der bisherige Bezirksvorsitzende für den Bezirk VII, Dirk Meußner stellte auf der letzten Bezirksversammlung im April sein Amt zur Verfügung, da er in die Position des Landesvorsitzenden gewechselt hat.

Seine Nachfolge tritt nun Malte Sargatzke an, der einstimmig zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt wurde. Seine Stellvertreterin ist Marion Wrangel.

Malte Sargatzke ist Realschullehrer für die Fächer Deutsch und Geschichte und war von 2006 bis 2017 im Schuldienst des Landes Nordrhein-Westfalen tätig.

Seit 2017 arbeitet er an der Grundschule Oldenburg-Land, einem Grundschulverbund im Kreis Ostholstein. Ihm ist wichtig, die Interessen der Mitglieder im Bezirk zu vertreten und steht bei Fragen, Sorgen und Nöten als Ansprechpartner zur Verfügung.

Neben den Wahlen für verschiedene Ämter wurde die Bezirksversammlung für einen intensiven Austausch über die aktuelle schulische Situation an den Schulen im Bezirk genutzt.

Zudem wurden die Delegierten und Gastdelegierten für die LVV in Kiel benannt. Der Bezirk war hier mit insgesamt 18 Delegierten vertreten.

Josef Kraus und Richard Drexl

Nicht einmal bedingt abwehrbereit - Die Bundeswehr zwischen Elitetruppe und Reformruine
FinanzBuchVerlag München, 19. Juni 2019, 22.90 Euro



Die Bundeswehr pfeift aus dem letzten Loch, personell stark ausgedünnt, die Gerätschaften verkommen. Ausgehend von dem desaströsen Status quo der Bundeswehr werfen Spiegel-Bestsellerautor Josef Kraus und Oberst a. D. Richard Drexl einen Blick auf ihre gut sechzigjährige Geschichte und legen dar,

wie sie seit der Wiedervereinigung nahezu systematisch kaputtgespart wurde.

Sie zeigen aber nicht nur, wie sich Funktion und Zustand unserer Armee seit ihrer Gründung gewandelt haben, sondern werfen auch einen Blick auf brennende Fragen der Zukunft: Welche Rolle nimmt die Bundeswehr ein zwischen den europäischen Armeen und der NATO? Welchen Rückhalt hat die Bundeswehr noch in unserer Gesellschaft? Welchen Einfluss auf die sicherheitspolitische Lage haben neue Machtfaktoren wie der Expansionskurs Chinas, das aggressive Auftreten Russlands und die Neuorientierung der USA? Und wie ist die Bundeswehr im Hinblick auf Cyber-Bedrohungen und den globalisierten Terrorismus des 21. Jahrhunderts aufgestellt?

Mit einem exklusiven Vorwort von Prof. Dr. Rupert Scholz, Verteidigungsminister a. D.

Über die Autoren

Richard Drexl

Jahrgang 1952, ist Oberst a.D. Von 1972 bis 2013 war er Berufssoldat, davon 15 Jahre im Bundesministerium der Verteidigung. Als Abteilungsleiter im Waffensystemkommando der Luftwaffe trug er Verantwortung für die Rüstungsvorhaben des fliegenden Gerätes der Bundeswehr. Über elf Jahre war er Chef und Kommandeur verschiedener Einheiten. Seit 2014 ist er ehrenamtlicher Präsident des Bayerischen Soldatenbundes von 1874

e.V. Mit weit über 60.000 Angehörigen eine der größten Veteranen- und Reservistenorganisationen Deutschlands. Als ehrenamtlicher Stadtrat in Kaufbeuren im Allgäu hat er auch politische Verantwortung übernommen.

Josef Kraus

Jahrgang 1949, Oberstudiendirektor a.D., Diplom-Psychologe, leitete von 1995 bis 2015 ein Gymnasium in Bayern und war von 1987 bis 2017 ehrenamtlicher Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL). Über 20 Jahre gehörte er dem Beirat für Fragen der Inneren Führung beim Bundesminister der Verteidigung an. Kraus ist Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der Deutschen Atlantischen Gesellschaft. 2009 erhielt er das Bundesverdienstkreuz am Bande. Josef Kraus hat bereits mehrere Bücher veröffentlicht: Spaßpädagogik (1998), Der PISA-Schwindel (2005), Ist die Bildung noch zu retten? (2009); den Spiegel-Bestseller Helikopter-Eltern (2013), Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt (2017) und 50 Jahre Umerziehung – Die 68er und ihre Hinterlassenschaften (2018).

Stimmen zum Buch

»Es bedarf eines grundlegenden Wandels in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In die Bundeswehr muss buchstäblich und wieder massiv investiert werden. Der Beruf des Soldaten muss wieder mit der Achtung und der Anerkennung gepflegt und gewürdigt werden, die unsere Soldaten wahrhaft verdienen. Ist der Beruf des Soldaten doch der einzige, der kraft Selbstverständnis und Amtseid bedeutet, sich mit seinem ganzen Leib und Leben für die Sicherheit der Bürger Tag für Tag einzusetzen. Alles dies wird mit dem hier vorgelegten Band in eindrucksvoller Weise belegt. Die notwendigen Reformschritte werden beim Namen genannt und in ebenso klarer wie hoffentlich unüberhörbarer Weise an Staat und Gesellschaft adressiert.«

*Prof. Dr. Rupert Scholz –
Bundesminister der Verteidigung a. D.*

Raus aus dem Versteck, rein in die Altersvorsorge!



Die neue Generation der Altersvorsorge: unsere Premium Rente

Damit Sie sich auch im Alter nicht zu verstecken brauchen, sollten Sie heutzutage privat vorsorgen. Denn allein mit der gesetzlichen Rente gelingt es nicht, den eigenen Lebensstandard zu halten.

Wir haben für Sie ein neues Altersvorsorge-Produkt entwickelt, damit Sie Ihren Ruhestand entspannt und finanziell unbeschwert genießen können. Mit der neuen Premium Rente sorgen Sie einfach, sicher und flexibel vor.

Ihre Vorteile mit der neuen Premium Rente:

- ✓ Beitrag flexibel anpassen
- ✓ Geldentnahme jederzeit möglich
- ✓ Einstieg ab 25 Euro

Am besten vereinbaren Sie gleich einen Termin.

Kundendienstbüro Norbert Schwengers

Tel. 0451 8104184
norbert.schwengers@HUKvm.de
Krempelsdorfer Allee 42-44, 23556 Lübeck

Kundendienstbüro Sabine Henning

Tel. 0451 45056123
sabine.henning@HUKvm.de
Ziegelstr. 2, 23556 Lübeck

Kundendienstbüro Heidi Orminski

Tel. 0451 5821370
heidi.orminski@HUKvm.de
Ratzeburger Allee 111-125, 23562 Lübeck

Kundendienstbüro Daniela Bievor

Tel. 0451 66902
daniela.bievor@HUKvm.de
Annimstr. 12 B, 23566 Lübeck

Kundendienstbüro Sandra Rebenstorf

Tel. 0431 35531
sandra.rebenstorf@HUKvm.de
Holtenauer Str. 352, 24106 Kiel

Kundendienstbüro Birgit Leppin

Tel. 0431 726677
birgit.leppin@HUKvm.de
Schönberger Str. 24, 24148 Kiel

Kundendienstbüro Carsten Schulz

Tel. 04342 8584866
carsten.schulz@HUKvm.de
An der Mühlenau 3-5, 24211 Preetz

Kundendienstbüro Anke Feldes

Tel. 04351 667755
anke.feldes2@HUKvm.de
Langebrückstr. 26, 24340 Eckernförde

Kundendienstbüro Jutta Grimmelsmann

Tel. 04321 2720
jutta.grimmelsmann@HUKvm.de
Hauptstr. 30, 24536 Neumünster

Kundendienstbüro Marco Lorenzen

Tel. 04331 22927
marco.lorenzen2@HUKvm.de
Friedrichstädter Str. 50, 24768 Rendsburg

Kundendienstbüro Anke Feldes

Tel. 04621 27627
anke.feldes@HUKvm.de
Am Lornsenpark 6, 24837 Schleswig

Kundendienstbüro Ulrich Markowsky

Tel. 0461 9402543
ulrich.markowsky@HUKvm.de
Ochsenweg 26, 24941 Flensburg

Kundendienstbüro Bettina Tempich-Braunhart

Tel. 0461 13093
bettina.tempich-braunhart@HUKvm.de
Bismarckstr. 40, 24943 Flensburg

Kundendienstbüro Marco Lorenzen

Tel. 04841 6622900
marco.lorenzen@HUKvm.de
Markt 10-12, 25813 Husum



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig